

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Nr. 4/2024 42. Jahrgang

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

US-Parlamente unter Einfluss

Gesetze made by BAYER

Weitere Themen:

BAYER will ePA-Daten

BAYER streicht 5.500 Jobs

Lauterbach bedenkt BAYER

SPUREN HINTERLASSEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift

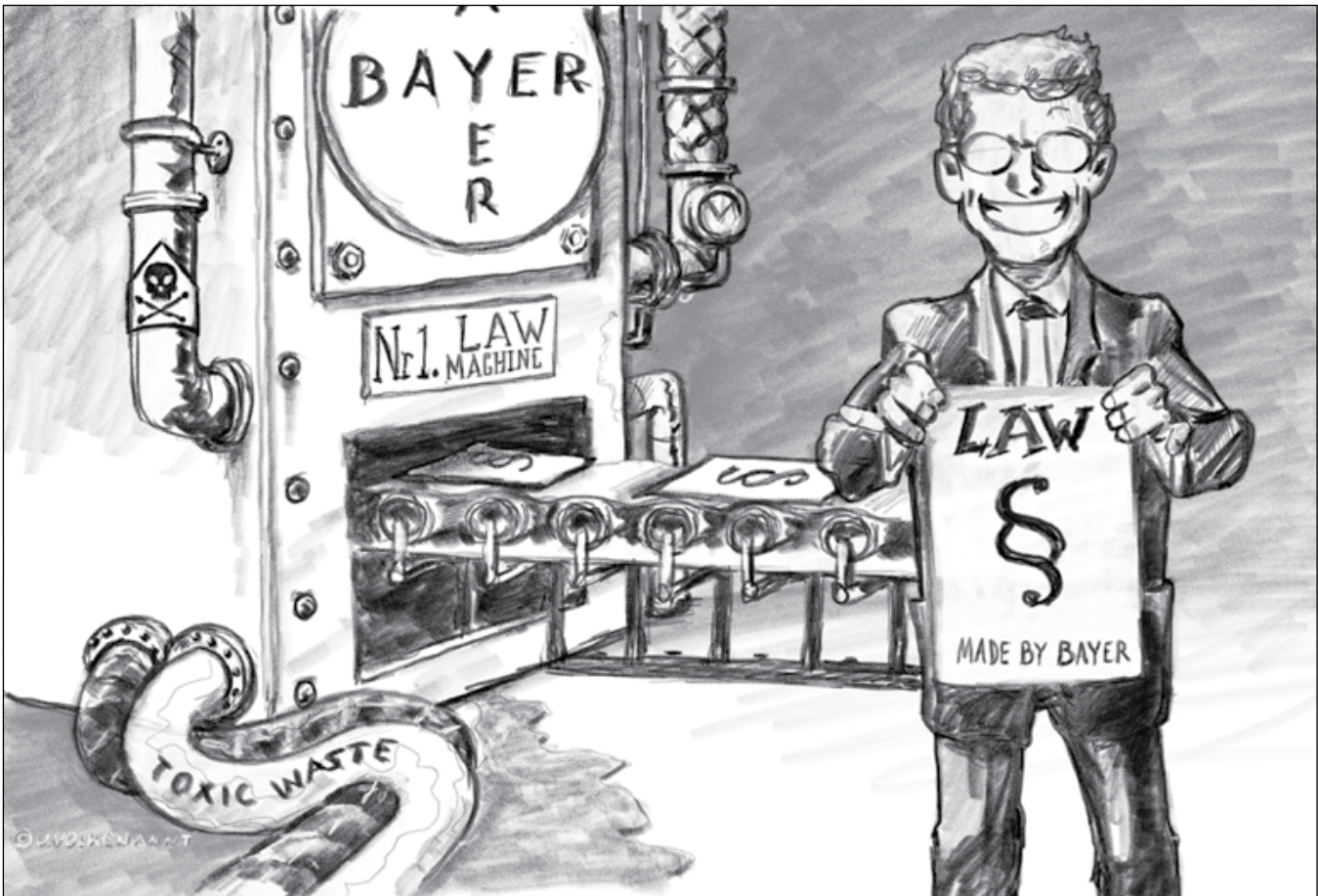


Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Neue Gesetze braucht das Land, meint BAYER. Siehe S. 24 ff.

Inhalt

- 6 BAYER-Genmais kreuzt aus**
Alarmierende Studien-Daten
- 8 BAYERs Halbjahresbilanz**
5.500 Arbeitsplätze weniger
- 12 Der gläserne Patient**
BAYER will ePA-Daten
- 16 BAYERs politische Landschaftspflege**
Lohnende Lobby-Investitionen
- 18 Eine verpasste Chance**
Rückblick auf den Holzschutzmittel-Prozess
- 20 Die Pharma-Politik der Ampel**
Grünes Licht für BAYER & Co.


- 24 BAYER schreibt US-Gesetze**
Immunität für Glyphosat?
- 31 Die Chemie-Tarifrunde 2024**
Mageres Ergebnis

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 CBG bei der Arbeit;**
Au weia BAYER; Echo
- 28 O-Ton BAYER**
- 29 Promis gegen Profit**
- 30 SWB vor 40 Jahren**



SOJA GRILLT ZUKUNFT

A black and white illustration of a man with a large, expressive face and a mustache, wearing a suit and tie. A large bird is perched on his head, with its beak open as if eating a soybean. The background features a stylized landscape with palm trees and a large, dark, textured shape on the right side.

ROBIN WOOD macht mit dieser
Kampagne auf die Zerstörung in
Südamerika für Soja aufmerk-
sam, das zu 90 Prozent in den
Mägen der Hühner, Kühe und
Schweine hier bei uns landet.

Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
die Wälder weltweit zu schützen
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0



ROBIN WOOD

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

42. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp).
CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Max Meurer (mm).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,
Dr. Rolf Gössner / Rechtsanwalt / Bremen,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.



Liebe Leserinnen und Leser,

das *Stichwort BAYER (SWB)* hat in letzter Zeit die Pharma-Themen ein wenig vernachlässigt, deshalb widmen wir uns ihnen in dieser Ausgabe etwas ausführlicher. So beschäftigt sich ein Artikel mit der elektronischen Patienten-Akte (ePA). Diese existiert zwar schon etwas länger, erfreut sich aber keiner allzu großen Beliebtheit. Darum bekommen sie ab dem nächsten Jahr alle Versicherten automatisch – es sei denn, sie widersprechen ausdrücklich. Gleich zwei Gesetze hat die Ampelkoalition dazu beschlossen, und besonders das zweite „zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten“ hat es in sich, denn von der „verbesserten Nutzung“ sollen vor allem die Pillen-Riesen profitieren. „Wir haben den größten Datenschatz der Welt für die Forschung von Pharma-Unternehmen geöffnet“, so Bundeskanzler Olaf Scholz. Und seine Truppe produzierte noch weitere Paragrafen-Werke zum Segen der Branche. Das geschah natürlich nicht ohne deren Zutun, welches wir uns in diesem Heft einmal näher angeschaut haben. BAYER hatte hierzulande noch zahlreiche weitere Baustellen, wie unser Blick in den Lobbyregister-Eintrag offenbarte. In den USA ging der Leverkusener Multi noch eine Spur dreister vor und schrieb gleich selbst „Free Glyphosate“-Gesetze – dem konnte das *SWB* ebenfalls nicht tatenlos zusehen.

Bei der Vorstellung der Halbjahresbilanz sprach BAYER-Chef Bill Anderson sogar ganz offen über diese legislativen Initiativen. Er wollte damit nämlich die Gemüter seiner AktionärInnen beruhigen, die den Vorstand bereits seit Langem dazu drängen, die Akte „Glyphosat“ zu schließen. Und noch ein zusätzliches Schmankerl

bot Anderson BLACKROCK und Konsorten an diesem Tag: Stolz verkündete er ihnen die Vernichtung von 5.500 Arbeitsplätzen, Näheres dazu auf den Seiten 8 ff. Die Chemie-Gewerkschaft IG BCE äußerte sich zu dem Rationalisierungsprogramm nicht groß, und auch bei der diesjährigen Tarifrunde ließ sie sich nach Einschätzung meines Redakteurskollegen Max Meurer abspeisen.

Ganz ohne „Agrar“ kommen wir freilich auch diesmal nicht aus, erreichen uns doch mal wieder besorgniserregende Nachrichten von der Gentechnik. In Labor-Versuchen kreuzte sich BAYERS Genmais MON810 mit der Teosinte, die als Urform des Mais' gilt. In der Folge könnten sich transgene Pflanzen in der Natur unkontrolliert ausbreiten, meint Christoph Then von TESTBIOTECH, der sich die Studie für das *Stichwort* angesehen hat.

Damit nicht genug, gibt es noch eine kleine Geschichtsstunde. Die Redaktion blickt auf das Jahr 1984 zurück, in dem mit dem Holzschutzmittel-Prozess das größte Umweltstrafverfahren in der Historie der Republik seinen Ausgang nahm.

Und zum Schluss noch etwas in eigener Sache. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat mit sinkenden Einnahmen zu kämpfen, was sich auch auf das *Stichwort BAYER* auswirkt. Darum überlegen Sie doch vielleicht einmal, ob Sie uns durch einen Beitritt zum *SWB*-Förderkreis unterstützen könnten, bittet

Jan Pehrke

Alarmierende Studien-Daten

BAYER-Genmais kreuzt aus



Ist das noch Teosinte oder schon MON810 made by BAYER?

BAYERs gentechnisch manipulierter Mais MON810 kann sich Studien zufolge mit der Wildpflanze Teosinte kreuzen und unkontrolliert ausbreiten.

Von Christoph Then (TESTBIOTECH)

Die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) hat einen Bericht über das Monitoring des Anbaus von Mais MON810 in Spanien veröffentlicht. Die Behörde kritisiert die Firma BAYER dafür, ihre Verpflichtungen zur Überwachung des Anbaus dieses insektengiftigen Mais' nicht zu erfüllen. Seit mehreren Jahren wird davor gewarnt, dass der transgene Mais fähig ist, sich mit Teosinte zu kreuzen und hybride Nachkommen zu erzeugen. Teosinte gilt in den Maisanbaugebieten Spaniens als besonders schwer kontrollierbares Unkraut. Obwohl sie dazu verpflichtet ist,

hat die Firma BAYER die Institutionen der EU nicht offiziell über diese Risiken informiert.

Jüngst wurden von einer staatlichen Forschungseinrichtung aus Spanien neue Daten veröffentlicht, die zeigen, dass die Risiken für derartige Auskreuzungen bisher unterschätzt wurden. Die Wissenschaftlerinnen fanden heraus, dass der transgene Mais seine Genkonstrukte mit einer wesentlich größeren Wahrscheinlichkeit an Teosinte weiterzugeben vermag, als bisher angenommen. Die transgenen Nachkommen wiesen im Vergleich zu Teosinte

einen stärkeren Wuchs und eine verfrühte Blüte auf, was das Risiko für deren Ausbreitung erhöht. Die Nachkommen produzierten das Insektengift in einer ähnlichen Konzentration wie MON810. Falls solche Hybridpflanzen in den Feldern entstehen, könnten sie sich schnell ausbreiten und zu einer Bedrohung sowohl des Maisanbaus als auch der Ökosysteme werden. Im Gegensatz zu Mais sind Teosinte und entsprechende Hybride in der Lage, dauerhaft in der Umwelt zu bestehen und Nachkommen zu produzieren. In der Folge können auch die Transgene in der Umwelt

überdauern und sich unkontrolliert ausbreiten. Für den kommerziellen Anbau von Gentechnik-Pflanzen schreiben die Gentechnikgesetze der EU ein fortlaufendes Monitoring vor, bei dem die Risiken für die Umwelt erfasst werden müssen. Doch die Firma BAYER hat in ihren jährlichen Monitoringberichten nie über das Problem mit Teosinte berichtet. Stattdessen hatte TESTBIOTECH die Kommission über die neuen Erkenntnisse informiert, die ihrerseits dann bei der EFSA eine Bewertung in Auftrag gab.

Jetzt bestätigt die EFSA: Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass das Potential für eine Hybridbildung zwischen MON810 und der in Spanien vorkommenden Teosinte größer sein kann, als bisher angenommen. Dabei können die Nachkommen vitaler sein als die ursprüngliche Teosinte (größer, dickere Stängel, mehr Blätter), und sie produzieren das Insektengift Cry1Ab in ähnlicher Konzentration wie MON810.

Die EFSA verlangt weitere Untersuchungen bezüglich der möglichen Invasivität und der Häufigkeit der Hybridisierung zwischen MON810 und Teosinte unter Feldbedingungen. Sie kritisiert den BAYER-Konzern auch dafür, dass er beim Anbau des Mais' keine Abstände zu geschützten Gebieten vorsieht. Zudem zeigen die von der EFSA publizierten Daten bei bestimmten Schadinsekten

eine leichte Zunahme von Resistenzen. Das Auftreten von Teosinte wurde 2014 zum ersten Mal in Spanien beobachtet. Sie gilt als Urform des Mais' und stammt ursprünglich aus Mexiko. Ihre Ausbreitung in Spanien führt zu Ernteverlusten, die unerwünschten Pflanzen werden oft erst zum Zeitpunkt der Ernte auf dem Acker erkannt. Schon 2016 hatte TESTBIOTECH die EU-Kommission aufgefordert, den Anbau von Gentechnik-Mais in den betroffenen Regionen zu stoppen, um eine unkontrollierte Ausbreitung der Transgene zu verhindern. Es gibt Berichte darüber, dass die Teosinte bereits eine Herbizidresistenz aus früheren Kreuzungen in anderen Regionen erworben hat.

Falls solche Hybridpflanzen in den Feldern entstehen, könnten sie sich schnell ausbreiten und zu einer Bedrohung sowohl des Maisanbaus als auch der Ökosysteme werden

Die EU-Anbauzulassung für den Mais war schon 2008 ausgelaufen, zehn Jahre nach der Erstzulassung. Seitdem – also bereits seit 17 Jahren – erfolgt der Anbau der Maispflanzen ohne erneuerte Genehmigung. Nach Ansicht von TESTBIOTECH zeigt sich darin ein Versagen der EU-Kommission, die für die entsprechenden Genehmigungsverfahren zuständig ist.

Im April 2024 hatte TESTBIOTECH einen Brief an die EU-Kommission geschrieben, in dem aufgrund der neuen Forschungsergebnisse ein Anbaustopp gefordert wurde. Die EU-Kommission, deren Pro-Gentechnik-Haltung bekannt ist, hatte diese Forderung aber zurückgewiesen. ←

CBG bei der Arbeit

Im Vorfeld des diesjährigen „Agent Orange“-Gedenktages ging die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) in Leverkusen auf die Straße. Mit Verweis auf den Prozess, den die Franco-Vietnamesin Tran To Nga zurzeit in Frankreich gegen die BAYER-Tochter MONSANTO und 13 weitere Unternehmen führt, forderte die Coordination den Agro-Riesen auf, die Verantwortung für die verheerenden Wirkungen der zur Chemie-Waffe umgerüsteten Agro-Chemikalie zu übernehmen und Entschädigungszahlungen zu leisten. Die PassantInnen verfolgten die Kundgebung mit Interesse. Einige kamen sogar auf die AktivistInnen zu und wollten Näheres zu dem Kriegsverbrechen wissen. Auch der *Kölner Stadt-Anzeiger* berichtete.

Au weia, BAYER

Bei BAYER 04 Leverkusen können Interessierte auch eSports betreiben und das Computer-Spiel „EA FC“ datteln. Der Verein setzt nämlich auf „den Doppelpass zwischen Fußball-Platz und virtuellem Rasen“ und mischt sowohl in der „Virtual Bundesliga (VBL)“ als auch im „DFB-ePokal“ mit. Die eSportler Marc „MARC_LDW23“ Landwehr und Sean „SEAN_LDW07“ Landwehr ekicken schon erfolgreich in den BAYER-Reihen. „Ihre Leistungen haben bereits für große Aufmerksamkeit gesorgt und etablieren BAYER 04 fest im eSports“, heißt es auf der Webpage der ehemaligen Werkself. Und nun will der Club sogar noch für Verstärkung sorgen. Er bringt eine Ausbildungsakademie für junge GamerInnen an den Start. Wofür die BAYER-Profite doch so alles gut sind ...

Echo

A. S.: Dank an die CBG für ihr jahrzehntelanges großes Engagement gegen die legalen Verbrecher aller Art!

Z.

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 35. Jahrgang, Nr. 139, September 2024, 224 Seiten

»Zeitenwende«: Autoritärer Kapitalismus

Deppe – *Autoritärer Kapitalismus* / Higginbottom – *Überausbeutung und der imperialistische Antrieb des Kapitalismus* / Smith – *Ausbeutung und Überausbeutung in der Theorie des Imperialismus* / Zimmermann – *Geographie der globalen Ausbeutung, Wert und ungleicher Tausch*

Soziale Bewegungen: Liegl / Kilroy – *Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2023* / Autorengruppe – *Protestbewegung gegen rechts 2024*

Und: Schadt – *»Digitale Souveränität« und KI* / Amini – *Marx' Kapital in GB und den USA (I)* / Neelsen – *BRICS im kapitalistischen Weltsystem* / Kastner – *Grundzüge marxistischer Kunstsoziologie (II)* / Creydt – *Maßstäbe einer Gesellschaft des guten Lebens* / Benser – *65 Jahre BzG*

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Abo reduz.: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de



facebook.com/CBGnetwork



twitter.com/CBGnetwork

seite sieben

Halbjahresbilanz: Arbeitsplatzvernichtung über Plan

BAYER streicht 5.500 Jobs



Finanzvorstand Wolfgang Nickl und Vorstandschef Bill Anderson auf BAYERs Promo-Bild zur Präsentation der Halbjahres-Bilanz

Anfang August 2024 legte der BAYER-Konzern seine Halbjahres-Bilanz vor. Stolz präsentierte er dabei den Erfolg seines Rationalisierungsprogramms: Die Vernichtung von rund 5.500 Arbeitsplätzen binnen eines Jahres. Die neuesten Geschäftszahlen konnten die AktionärInnen allerdings weniger erfreuen.

Von Jan Pehrke

„[W]ir kommen schneller voran, als ich erwartet habe“, sagte BAYER-Chef Bill Anderson am 6. August 2024 bei der Präsentation der Halbjahresbilanz zum Stand der Dinge in Sachen „Arbeitsplatzvernichtung“. Das von ihm eingeführte und in Wortnebel à la „Bürokratie beseitigen“, „Strukturen verschlanken“ und „Entscheidungsprozesse beschleunigen“ gehüllte Organisationsmodell „Dynamic Shared Ownership“ (DSO) erwies sich als ein knallhartes Rationalisierungsprogramm. Ca. 5.500 Stellen fielen dem DSO seit August 2023 zum Opfer. Das Einspar-

Potenzial beziffert der Konzern auf zwei Milliarden Euro ab 2026.

Kurz vor dem Termin zur Vorstellung der Halbjahresbilanz hatte der Leverkusener Multi die Zügel noch einmal angezogen. Er kündigte eine Reihe von Maßnahmen an, um „einen schnellen Austritt aus dem Unternehmen zu incentivieren“. So streicht der Global Player Beschäftigten, die auf die Abfindungsangebote nicht eingehen und ihren Platz nicht schnell genug räumen, die Boni. Darüber hinaus droht er mit Arbeitszeitverkürzungen inklusive Entgeltkürzungen. „Beschäftigte, deren Stel-

le entfallen ist, konzentrieren sich fortan ganz auf die Suche nach einer adäquaten neuen Beschäftigung außerhalb von BAYER beziehungsweise die dafür nötige Weiterqualifizierung. Da sie in dieser Phase keinen aktiven Beitrag für den Unternehmenserfolg leisten, sind sie von etwaigen Bonus-Zahlungen ausgenommen“, erklärte ein Sprecher des Agro-Riesen. Und nach dem 6. August machte die Aktiengesellschaft unverdrossen weiter. Sie baute in Basel, wo die Sparte „Consumer Health“ ihren Sitz hat, 150 der insgesamt 1.000 Arbeitsplätze ab. Dementsprechend

geht innerhalb der Belegschaft die Angst um. „Im Konzern ist die Verunsicherung groß, Einladungen aus der Personalabteilung sind gefürchtet“, berichtete die *Rheinische Post*.

Gewinn: -16,5 Prozent

Mit den Zahlen zum Geschäftsverlauf konnte BAYER dagegen bei den AktionärInnen nicht punkten. Trotz eines schwach verbesserten Umsatzes brach der Gewinn drastisch ein. Gegenüber dem 2. Quartal 2023 sank dieser – vor Sondereinflüssen – um 16,5 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro. Der Konzern macht dafür wenig erhellend „einen nachteiligen Produkt-Mix“ sowie negative Währungseffekte vor allem im Pharma-Bereich und höhere Rückstellungen für ManagerInnen-Boni verantwortlich.

Im Arznei-Segment stieg der Umsatz zwar um 4,5 Prozent auf 4,6 Milliarden Euro, dennoch schrumpfte der Gewinn um 4,1 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro. Mehreinnahmen bei dem Krebs-Therapeutikum NUBEQA, dem Nieren-Präparat KERENDIA, dem Augen-Medikament EYLEA, dem Langzeit-Kontrazeptivum MIRENA, ASPIRIN CARDIO und den Röntgenkontrastmitteln standen Mindereinnahmen beim Topseller – dem Gerinnungshemmer XARELTO – gegenüber. Da dessen Patente ablaufen, steigt die Konkurrenz durch Nachahmer-Produkte. Dem „generischen Wettbewerbsdruck“ ausgesetzt, spülte XARELTO rund 100 Millionen Euro weniger in die Kassen.

Mehr Umsatz, weniger Gewinn – so stellte sich die Situation auch in der Sparte mit den frei verkäuflichen Medikamenten dar. Ein Plus von 5,3 Prozent stand einem Minus von 6,3 Prozent gegenüber. Als Gründe führte der Konzern neben Sondereinflüssen im Jahr 2023 durch Verkäufe kleinerer Marken Kostensteigerungen und negative Währungseffekte sowie höhere PR-Investitionen zur Markt-Einführung des Magenmittels IBEROGAST in den USA an. Als profit-steigernde Maßnahme bei „Consumer Health“ kündigte Anderson die Zusammenlegung der beiden Abteilungen „Forschung & Entwicklung“ und „Marketing“ an. Die WissenschaftlerInnen sind also künftig noch mehr dazu angehalten, bei ihren Experimenten nach Mitteln zu suchen, die viel Profit versprechen.

Im Agrar-Geschäft ging ein geringfügig gestiegener Umsatz (+1,1 Prozent) sogar mit einem Gewinn-Rückgang von 27,7 Prozent einher, was der Multi mit einem „nachteiligen Produkt-Mix“ erklärte. Glyphosat ge-

reichte hier allerdings nicht zum Nachteil. Das umstrittene Herbizid verkaufte sich nämlich ausgesprochen gut. Von 486 Millionen Euro im 2. Halbjahr 2023 erhöhte sich der Umsatz auf 685 Millionen Euro im 2. Halbjahr 2024.

Früher hatte sich BAYER stets massiv dagegen gesträubt, solche Zahlen preiszugeben. Über die Gründe für den Bewusstseinswandel lässt sich nur spekulieren. Vielleicht will der Konzern auf diese Art die Bedeutung des allerlei juristischen Anfeindungen ausgesetzten Pestizids hervorheben und so eine System-Relevanz reklamieren. Bei einem Vortrag im „Executives' Club of Chicago“ hatte Bill Anderson das wie folgt versucht: „Wenn Glyphosat aus dem landwirtschaftlichen System entfernt würde, dürften die Lebensmittel-Kosten für eine durchschnittliche vierköpfige Familie in den USA nach Schätzungen um mehr als 40 Prozent steigen.“ Sogar die Welternährung sei ohne Glyphosat in Gefahr, so der BAYER-Chef.

Bei den anderen Anti-Unkrautmitteln lief es dagegen deutlich schlechter. „Umsatz-Rückgänge in allen Regionen“, beklagt der Konzern. Weniger Absatz verzeichnete er auch bei den Fungiziden. Nur die Insektizide legten zu. Ein gemischtes Bild

ergab sich bei den Gen-Pflanzen. Während die Soja-Gewächse für einen Zuwachs sorgten, nahm der Global Player mit seinem Labor-Mais weniger ein. „Es ist kein Geheimnis, dass der Agrar-Markt eine Herausforderung darstellt. Das haben wir auch zu spüren bekommen“, resümierte Anderson. Und auf bessere Aussichten für die Cropscience-Sparte konnte er auch nicht verweisen: „Für das zweite Halbjahr gehen wir davon aus, dass das starke Wachstum im Kerngeschäft durch deutliche Mengen-Rückgänge bei Glyphosat gedämpft wird.“

Die Rechtskomplexe

Fester Bestandteil einer jeden Bilanzpressekonzferenz von BAYER sind nunmehr bereits seit Jahren die „Rechtskomplexe“ – aus gegebenem Anlass: Die kurz nach der MONSANTO-Übernahme beginnende Serie von Schadensersatz-Prozessen in Sachen „Glyphosat“ mit ihren millionenschweren Urteilen zu Lasten des Konzerns hat die Aktie des Unternehmens zu einem bis heute anhaltenden Tiefflug ansetzen lassen. Die teuren Rechtsstreitigkeiten haben dann auch zum Arbeitsplatzvernichtungsprogramm des Konzerns geführt – schon das zweite seit 2018.

**KEINE DEMOKRATIE OHNE
ZIVILGESELLSCHAFT!**

**DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT
BRAUCHT EIN MODERNES UND
SICHERES
GEMEINNÜTZIGKEITSRECHT!**

Das Gemeinnützigkeitsrecht ist die gesetzliche Basis zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Koalitionsvertrag wurde versprochen, dieses veraltete Recht zu modernisieren. Wer im Angesicht rechtsextremer Kräfte Demokratie stärken will, muss Engagement für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte schützen – mit neuen gemeinnützigen Zwecken und gesetzlichen Klarstellungen zur Gemeinnützigkeit für tausende Vereine!





CBG-Protest zur BAYER-Hauptversammlung am 26. April

richten liegen immer noch rund 60.000 vor. Um „diesen Rechtskomplex im Sinne unseres Unternehmens und unserer Kunden abzuschließen“, konzentriert sich BAYER im Moment offensichtlich ganz auf die Lancierung neuer Pestizid-Gesetze in den USA und den Versuch, mit dem Supreme Court das oberste Gericht des Landes das letzte Wort in Sachen „Glyphosat“ sprechen zu lassen (siehe S. 24 ff.). „Wenn es im Gerichtssaal wirklich um Wissenschaft geht, gewinnen wir“, bemühte Anderson sich, Optimismus zu verbreiten.

Ansonsten fiel der Blick in die Zukunft an diesem Tag nicht übertrieben positiv aus. Der Agro-Riese bekundete, trotz der schlechten Zahlen an seiner – im Mai 2024 allerdings bereits nach unten korrigierten – Prognose festzuhalten. 10,2 bis 10,8 Milliarden Euro will der Multi 2024 an Gewinn einfahren, obwohl er die gesamtwirtschaftliche Lage eher düster einschätzt. „Basierend auf den Daten des Internationalen Wirtschaftsfonds (IWF) erwarten wir für das Jahr 2024 weiterhin ein unterdurchschnittliches globales Wachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Die Inflationsrisiken dürften zunehmen, ebenso wie die Handelsspannungen und die politische Unsicherheit, was zu längerfristig höheren Zinssätzen führen könnte“, so das Unternehmen. ◀

Auch die Schulden rühren größtenteils vom Großeinkauf her. Diese verringerten sich binnen der letzten drei Monate etwas auf nunmehr 36,8 Milliarden Euro. „Mittelzuflüsse aus der operativen Geschäftstätigkeit“ gibt der Quartalsbericht als Grund dafür an. Die fast komplette Streichung der Dividende hatte das Geld dafür in die Kassen gespült. Wegen der rechtlichen Risiken und Nebenwirkungen von

Glyphosat erwarten BLACKROCK & Co. stets Stellungnahmen des Vorstands zum juristischen Stand der Dinge. Anderson versuchte am 6. August zu beruhigen, indem er sowohl bei Glyphosat als auch bei der Ewigkeitschemikalie PCB auf jüngste Gerichtsentscheidungen zu Gunsten des Global Players verwies. Der Berg der Klagen schrumpfte dadurch jedoch nicht. Den US-amerikanischen Ge-

Ausgabe 5 | 2024

KLIMA und UMWELT

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Es geht um Strategien, Konzepte und Pläne, Stadtbäume und invasive Arten, historische Gärten und Umbaukultur sowie um die Idee einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz.

Mehr Infos

www.akp-redaktion.de

Weitere Themen

- Luftreinhaltung und Umweltzonen
- Tariflandschaft im Öffentlichen Nahverkehr
- Pakt für Pflege in Brandenburg
- Mein Recht als Ratsmitglied: Ausschussvorsitz
- Rekomunalisierung

● Einzelpreis: 13 Euro plus Versandkosten 1,70 Euro
Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de

12.10.2024

9:30 EINLASS

10:00 BEGINN

18:00 UHR SCHLUSS

JAHRESTAGUNG 2024

BÜRGERHAUS
STADTTEILZENTRUM BILK

BACHSTRASSE 145 | 40217 DÜSSELDORF

BAYER UND DIE BAUERNFRAGE

PROFITE, PROTESTE & PERSPEKTIVEN



YouTube CBGNETWORK • WWW.CBGNETWORK.ORG • SPENDE JETZT! IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91



<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vorname, Name	Geburtsdatum
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-mail	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>
IBAN	Datum, Unterschrift

Antwort
 Coordination gegen BAYER-
 Gefahren e.V. (CBG)
 Postfach 15 04 18
 40081 Düsseldorf

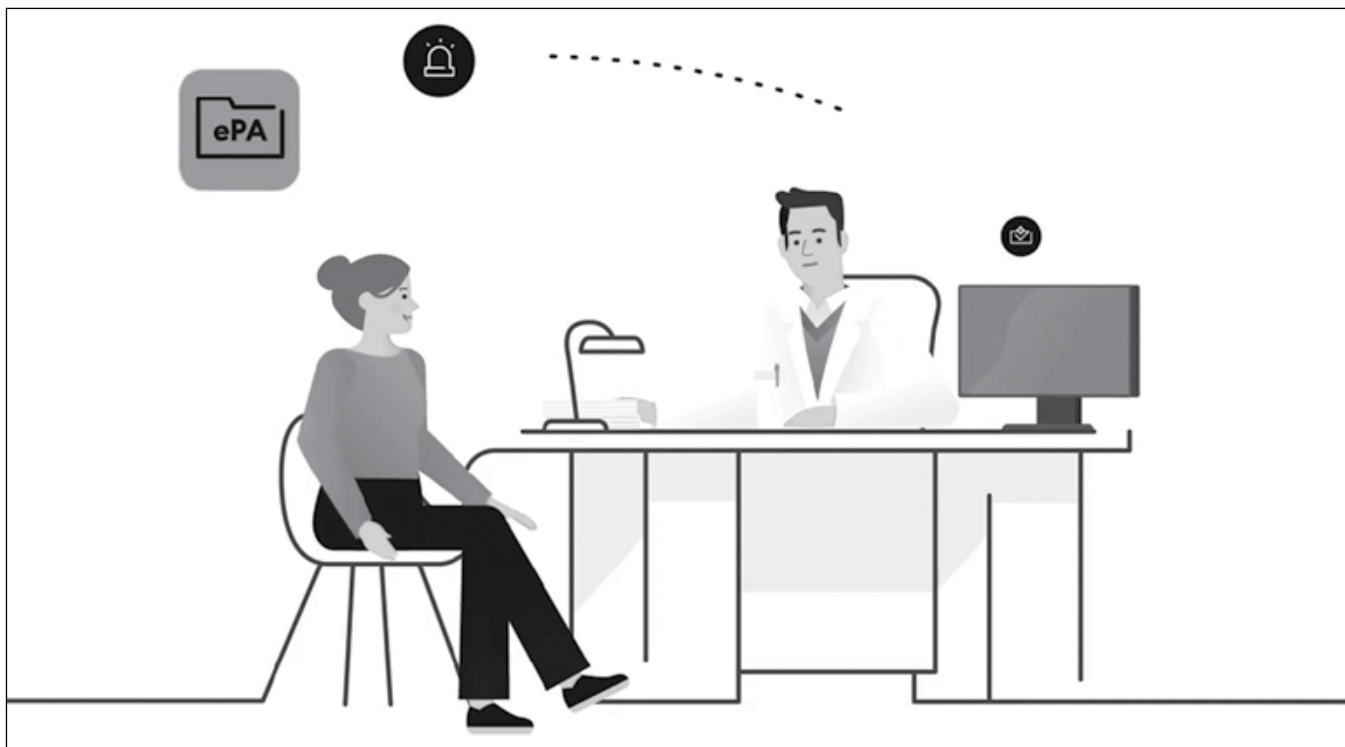
- Ich melde mich verbindlich mit Personen zur **CBG-Jahrestagung 2024 an**. (Bitte die Anschriften aller Personen angeben, ggfs. gesondertes Blatt beilegen)
 Ich bin Fördermitglied der CBG ja nein
- Ich werde **Fördermitglied** und lege meinen jährlichen Beitrag fest auf (mind. 60€) _____ €
 Abbuchung vierteljährlich halbjährlich jährlich
- Ich habe **BAYER-Aktien** und möchte die Stimmrechte den Kritischen Aktionär*innen der CBG übertragen.
- Bitte bucht meine **Spende** bzw. meinen Beitrag ab in Höhe von Euro. (alternativ: PayPal auf CBGnetwork.org)

Fon 0211 – 33 39 11 • Fax 0211 – 26 11 220 • info@CBGnetwork.org • www.CBGnetwork.org

Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CBG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Wir gehen verantwortungsbewusst mit Ihren Daten um. Mit der Unterschrift wird der Verwendung der Daten entsprechend der gesetzlichen Regeln der DSGVO zugestimmt. Die den Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage unter www.CBGnetwork.org/datenschutz

Zugriff auf die elektronische PatientInnen-Akte

BAYERs Daten-Schatz



Alles kein Problem: Werbung der „Gesellschaft für Telematik-Anwendungen“ (Gematik) für die elektronische Patienten-Akte (ePA)

Jubel in den Chefetagen der Pharma-Industrie und im Gesundheitsministerium – Trübsal bei DatenschützerInnen und KonzernkritikerInnen: Anfang 2025 kommt die elektronische PatientInnen-Akte, und die Konzerne können darin nach Herzenslust blättern. Wer das nicht will, muss ausdrücklich widersprechen.

Von Max Meurer

Im September 2024 setzten die ersten Krankenkassen ihre Mitglieder über die Einführung der elektronischen Patienten-Akte (ePA) Mitte Januar nächsten Jahres in Kenntnis. „Sie ist ein digitales Angebot und bietet Ihnen viele Vorteile. Mit der ePA haben Sie immer alle wichtigen gespeicherten Informationen zu Ihrer Gesundheit griffbereit dabei – ob beim Besuch einer Arzt-Praxis oder bei einem plötzlichen Klinik-Aufenthalt“, schrieb etwa die DAK. Über die Nachteile verlor sie kein Wort. So haben zum Beispiel die Pillen-Riesen Akten-Einblick. „Wir haben

den größten Datenschatz der Welt für die Forschung von Pharma-Unternehmen geöffnet. Das ist etwas, was alle anderen Länder jetzt neidisch betrachten“, lobte sich Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem „Pharma & Chemie Summit“ des „Verbandes der Chemischen Industrie“ selbst. Der BAYER-Konzern wollte diesen Tresor schon lange knacken. „In Krankenhäusern und Arzt-Praxen entstehen täglich enorme Daten-Mengen, die für die medizinische Forschung von unschätzbarem Wert sind“, lechzte er und bezeichnete diese Informationen als „Rohstoff“. Bereits

2018 schreibt dazu Kathrin Langguth von BAYER PHARMACEUTICALS: „Durch die Kombination von Daten aus klinischen Studien, Krankheitsregistern, elektronischen Gesundheitsakten und mobilen Gesundheits-Apps werden Forscher Zugang zu einer Fülle von Erkenntnissen haben, die zu einem besseren Verständnis von Erkrankungen beitragen.“

Auch bei Gesundheitsminister Karl Lauterbach schlägt im Vorwort der Erklär-Broschüre des Gesundheitsministeriums der alte Gesundheitsökonom durch. Ihm zufolge hilft seine Digitalisierungsstrate-

gie „uns als Gesellschaft, die mehrwertstiftende Nutzung von Gesundheits- und Pflegedaten sowie Anforderungen an Datenschutz beziehungsweise -sicherheit in eine angemessene Balance zu bringen.“ Um Forschung geht es also bei der elektronischen Patientenakte schon, aber halt vor allem um die „mehrwertstiftende Nutzung von Gesundheits- und Pflegedaten“. Dabei hatte der DGB bereits vor vier Jahren mit Bezug auf die Digitalisierungsvorhaben gefordert, „den Kreis der zur Datenverwendung in Frage kommenden Dritten im Voraus auf öffentliche, den Sozialversicherungsträgern angehörende oder nicht gewinnorientierte Akteure und Institutionen zu begrenzen.“

EU-weiter Datenschutz

Dies wurde gekonnt ignoriert. Nach mehreren Jahren Diskussion tritt nun ab Januar 2025 die elektronische Patientenakte auf den Plan. Darüber hinaus geht es um die Schaffung eines „europäischen Datenraums“. Der Prozess der Datenkonzentration soll also nicht auf nationalstaatliche Rahmen beschränkt bleiben. Während bisher ohne analoge PatientInnen-Daten wenig ging, stehen nun Änderungen an. BefürworterInnen sehen in der neuen Regelung die Möglichkeit der besseren Koordination von Gesundheitsinformationen zum Nutzen der PatientInnen und sprechen von einer „freiwillige(n) Datenspende zu gemeinwohl-orientierten Zwecken“. DatenschützerInnen indes kritisieren die sehr laxen Bestimmungen zum Datenschutz. Doch einmal von vorne: Worum geht es eigentlich?

Sekundärnutzung für wen?

Im Dezember 2023 verabschiedete der Bundestag mit der Zustimmung von SPD, Grünen und FDP zwei neue Gesetze mit den eingängigen Namen: „Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens“ und „Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten“. Auf der Website des Bundesgesundheitsministeriums heißt es, die „Krankenkassen stellen ihren Versicherten (...) ohne deren Zutun eine ePA zur Verfügung“. Das klingt nobel, doch de facto wird die ePA verpflichtend. Es ist zwar möglich, innerhalb von sechs Wochen nach Ausstellung Widerspruch einzulegen, doch wer diese Frist versäumt, dessen Daten werden nicht nur digital gespeichert, nein, auch die Sekundärnutzung der Daten „für Zwecke des öffentlichen Interesses, Politikgestaltungs- und Forschungszwecke sowie statistische Zwecke“ (EU-Rat) ist geplant. Ab dem 15. Juli 2025 dürfen BAYER & Co. hier zugreifen, ein Widerspruch ist auch erst ab diesem Datum möglich. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wurde für die ePA ganz einfach durch ein neues Paragrafen-Werk passend gemacht: das Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG), das wiederum die Verstöße gegen bestehende Datenschutz-Regeln einfach legalisieren sollte.

Die undurchsichtige Widerspruchsregelung ebenso wie die zahlreichen Bedenken in Bezug auf die Verwendung der Daten ruft DatenschützerInnen auf den Plan. So merkt der im Sommer 2024 aus dem EU-Parlament ausgeschiedene Piraten-Abgeordnete Patrick Breyer an, dass

Kein Daten-Gold für BAYER!

Wer aus Datenschutz-Gründen die elektronische Patienten-Akte generell ablehnt, kann bei seiner Krankenkasse Widerspruch gegen eine Ausstellung einlegen. Wer lediglich BAYER & Co. den Zugriff auf seine persönlichen Daten verwehren will, der ihnen ab dem 15. Juli 2025 gestattet ist, hat ab diesem Freigabe-Termin die Möglichkeit dazu. Nähere Informationen unter www.widerspruch-epa.de.

„nur eine Minderheit der Patienten einen europaweiten Zugriff auf ihre Daten wünsche.“. Martin Tschirsich vom Chaos Computer Club kritisiert: „Herr Lauterbach vernachlässigt den Datenschutz.“ Und auch Carmela Troncoso von der „Ecole Polytechnique Lausanne“, wo sie den Bereich „Security and Privacy Engineering Laboratory“ leitet, merkt an: „Das Problem fängt an, wenn wir diese Daten mit anderen Zwecken verbinden.“ Der Leverkusener Multi hat damit natürlich kein Problem. Was DatenschützerInnen aufschreckt, heißt für ihn einfach „den Datenschutz an die innovativen Möglichkeiten anpassen“. Doch weshalb wird überhaupt diese Sekundärnutzung gefordert? Ganz einfach: Für die Pharmaindustrie ergibt sich daraus die Gelegenheit, Millionen von PatientInnen-Daten aus dem gesamten EU-Raum auszuwerten und für ihre Forschung zu

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbe

Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik

Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik

Ausgedient? Nachrichten vom ›Waren-Leben im Falschen‹ im »Betriebsspiegel«

Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

Antizyklisch? Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar anfordern
express-afp@online.de
www.express-afp.info

contraste
zeitung für selbstorganisation
481 41. JAHRGANG OKTOBER 2024 4'50 EUR

**SCHWERPUNKT
40 Jahre
CONTRASTE**

www.contraste.org



Gebt doch endlich eure Daten her!

nutzen. Der EU-Rat findet das gut und sieht darin, ebenso wie die Bundesregierung, die Möglichkeit, die Forschung näher an den PatientInnen auszurichten. Was sie jedoch verschweigen, ist dies: Pharmakonzerne wie BAYER und Co. sind keine Wohltätigkeitsanstaltungen, sondern profit-orientierte Unternehmen, woraus logisch folgt, dass sie kein Interesse daran haben, zum Wohle der PatientInnen zu forschen. Das ist maximal eine Nebenwirkung, doch die Forschungsschwerpunkte orientieren sich in allererster Linie daran, womit am meisten Geld zu machen

ist. Die Verwertung der Gesundheitsdaten hilft dabei insofern, als dass eine Menge von Daten, die vorher nur mit spezifischen Studien erfragbar waren, was teuer ist und von der Pharmaindustrie bezahlt werden musste, nun ganz einfach frei Haus zu den Laboratorien der Pharmamultis kommt. Das bedeutet geradeheraus: Mit den bestehenden Regelungen sorgt das neue Gesetz vor allem dafür, dass Großkonzerne von persönlichen Daten der PatientInnen profitieren können, während selbige kaum Möglichkeiten haben, sich aus diesem Netz auszuklinken. So kriti-

sierte der DGB in seinem Positionspapier vom Mai 2020 zum Thema, es sei kein „ausreichende[r] Schutz vor einer Verwendung der Daten zu anderen als den angegebenen Zwecken“ in den Plänen zur Gesundheitsdigitalisierung angelegt. Um derartige Kritik zu beschwichtigen, hat der Bundestag am 15.12.23 in seiner Sitzung nochmal „nachgebessert“. Das sieht dann wie folgt aus: Die bisherigen Deckelungen für die Anwendung von Telemedizin und digitalen Gesundheitsanwendungen sollen zwar entfallen, aber dafür übernimmt der Digitalbeirat bei der „Gematik“ (Gesellschaft für Telematik-anwendungen) die Aufgabe, darüber zu wachen, dass die Datenschutz-Regelungen eingehalten werden. Das tröstet nur wenig, da das Gesundheitsministerium nur 51 Prozent der Gematik-Anteile hält. Der Rest verteilt sich auf verschiedene Interessensgruppen, zu denen eben auch der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI), die Krankenkassen, der „Deutsche Apothekerverband“ und viele andere gehören. Auch hier spielen also privatwirtschaftliche Interessen eine nicht zu unterschätzende Rolle, was die Frage aufwirft, wie der Vorrang von Datenschutz und PatientInnen-Wohl wirklich garantiert



1924 – 2024

100 Jahre Rote Hilfe
100 Jahre Solidarität

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. **Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



Online Beitritt



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 3/2024:
100 Jahre Rote Hilfe

werden soll. Darüber hinaus kritisieren „dieDatenschützer Rhein-Main“, dass die Verantwortlichkeiten innerhalb der Gematik unübersichtlich bleiben, weil letztlich keine/r für alles geradestehen wollte. Als Behelfslösung musste dann die in § 307 (5) SGB V festgelegte „Auffangverantwortlichkeit“ dienen. Diese widerspricht den DatenschützerInnen zufolge aber dem Europa-Recht und erfüllt darüber hinaus ihren Zweck nicht: „Eine ‚lückenlose Verantwortlichkeit‘ kann durch eine Auffangverantwortlichkeit gerade nicht erreicht werden.“

Wir können festhalten: Noch mehr Intransparenz für PatientInnen, noch mehr Schlupflöcher für DatenschutzdekonstruiererInnen.

Innovationsvorsprung?

BefürworterInnen der neuen Gesetze stellen demgegenüber vor allem die angebliche Notwendigkeit in den Mittelpunkt, jetzt in Sachen „Innovation und Digitalisierung“ aufzuholen, ehe man als Bundesrepublik von allen anderen Staaten abgehängt werde. So erklärte Karl Lauterbach: „Deutschlands Gesundheitswesen hängt in der Digitalisierung um Jahrzehnte zurück. Das können wir nicht

länger verantworten. Deshalb machen wir einen Neustart – erschließen die elektronische Patientenakte für alle, machen das elektronische Rezept alltagstauglich und erleichtern die Forschung auf Grundlage von Gesundheitsdaten.“ Und die berüchtigte US-Beraterfirma McKinsey sieht in der ePA ein Einspar-Potenzial von sieben Milliarden Euro, da Doppeluntersuchungen und Ähnliches wegfielen.

Der Rechtsanwältin Silvia Woskowski und der CDU-Abgeordnete Erwin Rüdell (seines Zeichens ehemaliger Vorsitzender des Gesundheitsausschusses) war das nicht genug. Die beiden machten den Vorschlag, den Krankenkassen den Verkauf von PatientInnen-Daten zur Stabilisierung ihrer Finanz-Lage zu erlauben. Aber einstweilen konnten die beiden damit noch nicht durchdringen.

Deine Daten bei HackerInnen?

Doch selbst wenn mensch die Profit-Interessen hinter dem neuen Gesetz mal rechts liegen lässt, offenbaren sich doch noch einige weitere, sehr grundsätzliche Probleme: Die Digitalisierung der Daten eröffnet auch neue Angriffsflächen für HackerInnen und andere Gestalten, die möglicherweise Zugriff auf Leidensgeschichten,

die sexuelle Orientierung, medizinische Nacktbilder und so weiter erhalten und damit PatientInnen erpressen können. Der Grünen-Abgeordnete Janosch Dahmen sieht dennoch in der Neuerung einen Fortschritt, spricht von „Empowerment“ durch die neuen Gesetzgrundlagen für Datenschutz und Patientenrechte, von „Datensolidarität“ und einem Ende der Fragmentierung der PatientInnen-Daten. Dem entgegnet Troncoso: „Menschen sind gewissermaßen einzigartig (...), die Kombination unserer Attribute macht uns identifizierbar.“

Und trotz all dieser Punkte soll der PatientInnen-Aktenraum der EU kommen, ist die Nutzung von Abermillionen von PatientInnen-Daten nunmehr gesetzlich legitimiert, und für die Betroffenen besteht aufgrund der extrem nebulösen Datenschutzregelungen kaum eine Möglichkeit zu durchblicken, was da eigentlich genau mit ihren Daten angestellt wird. Und während DatenschützerInnen, KonzernkritikerInnen und PatientInnenvertreterInnen im strömenden Regen stehengelassen werden, dürfen sich BAYER und Co. freuen, denn Daten sind bares Geld wert – und um bares Geld geht es der Pharmaindustrie unterm Strich immer. ←

graswurzel revolution

Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Sie berichtet über:

- Direkte gewaltfreie Aktionen
- Gewaltfreie und anarchistische Bewegungen in anderen Ländern
- Theoretiker*innen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Befreiung im Alltag

Jahresabo / Geschenkabo:

45 € (10 Ausgaben)

Schnupperabo:

9 € (12 € Ausland, 3 Ausg., bitte Vorkasse)

Einzelexemplar:

4,50 € (z. B. Bahnhofskiosk, Infoladen...)

www.graswurzel.net / abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

**DIE GRASWURZEL BRAUCHT
DRINGEND SPENDEN!**

Spendenkonto:

www.graswurzel.net/gwr/spenden/



Umfangreiche Landschaftspflege

BAYERs Lobbyliste



Lobby-Tatort Reichstag

Über drei Millionen Euro gab BAYER 2023 allein für die Pflege der politischen Landschaft in Deutschland aus.

Von Max Meurer

Der Eintrag des BAYER-Konzerns im deutschen Lobbyregister wurde am 28.06. zuletzt aktualisiert. Grund genug, einmal ein bisschen genauer hinzuschauen, was der Chemieriese zwecks politischer Einflussnahme alles so treibt.

Zunächst fällt auf: Unter den 25 offiziell gelisteten „betrachte[n] Personen, die Interessensvertretung unmittelbar ausüben“, also als LobbybotschafterInnen für BAYER durch die Bundesrepublik ziehen, sind vier Personen dabei, die schon für Mitglieder des Bundestages gearbeitet haben. Dabei ist unter anderen Constantin Marquardt, der Pressesprecher des „Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz“ von Mecklenburg-Vorpommern war und dann das Bundestagsbüro von Wilhelm Priesmeier, dem damaligen agrarpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, leitete. Britta Jacob von den Grünen, die aktuell einen Sitz im Bundestag anstrebt, war bis 2022 stellvertretende Büroleiterin von Anna Lührmann, der Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt.

Interessant liest sich neben den Biografien der LobbyistInnen selbst auch die Liste der

Mitgliedschaften der BAYER AG bei Lobbygruppen und anderen Organisationen. Neben dem „Verband der Chemischen Industrie“ und dem „Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V.“ gehören zu dieser Gruppe auch der CDU-Wirtschaftsrat, das SPD-Wirtschaftsforum und der Thinktank Atlantik-Brücke, der sich unter der Leitung des Sozialdemokraten Sigmar Gabriel um die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen in der Bundesrepublik und die Zusammenarbeit zwischen deutschem- und US-Imperialismus kümmert.

Zu den sechs konkreten Gesetzesvorhaben, für oder gegen die BAYER sich ins Zeug gelegt hat, zählen eine Änderung des Tierschutzgesetzes, die der Chemiekonzern unter Verweis auf eine angebliche Gefährdung der Forschung ablehnt, die „Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung“, bei der sich BAYER für Glyphosat stark machte, oder die Unterstützung der „Strategie Fachkräftegewinnung“, mit der ein Maßnahmenpaket zugunsten der deutschen Industrie vorangetrieben wird, um den angeblichen „Fachkräftemangel“ zu bekämpfen.

Besonders auffällig ist auch der Einsatz von LobbyistInnen für das Pharma-Paket der EU, das „neue Anreizmodelle für Antibiotika-Forschung schaffen“, Zulassungsverfahren „entbürokratisieren“ und die „Hoheit des Herstellers über Produktinformationen“ festschreiben“ soll. Ebenfalls interessant gestaltet sich BAYERs Streiten für die weitere Nutzung von PFAS-Chemikalien in der Arzneimittelverpackungsproduktion angesichts des geplanten EU-Verbots dieser gesundheitsschädlichen Substanzen.

Diese Vorhaben hat sich der Chemie-Konzern so einiges kosten lassen: So gab die BAYER AG allein in Deutschland für ihre „Interessensvertretung“ im letzten Jahr rund 2,6 Millionen Euro aus. Dazu kommen nochmal 350.000 Euro der Tochter-Gesellschaft BAYER VITAL und rund 100.000 Euro von BAYER CROPSCIENCE. Aus der öffentlichen Hand bekam der Leverkusener Multi dafür aber auch einiges zurück. Der Lobbybericht ist hier zwar recht ungenau, doch selbst wenn mensch die Förderzahl niedrig ansetzt, flossen mindestens 590.000 Euro aus staatlichen Kassen an den Global Player. ←

ethecon SolidarFonds

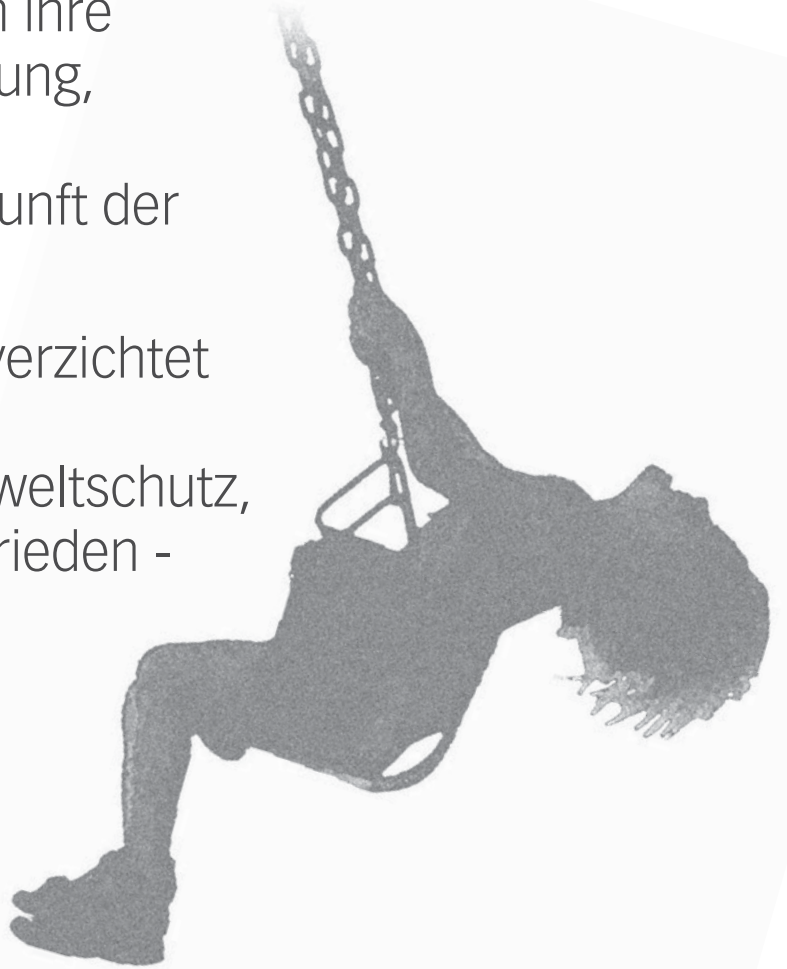
Die beste Zukunftsanlage
ist ein glückliches Leben
für die Kinder.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre
Rendite aus Umweltzerstörung,
Ausbeutung und Krieg.

Ohne Rücksicht auf die Zukunft der
Kinder und Enkel.

Der ethecon SolidarFonds verzichtet
auf Rendite. Und finanziert
stattdessen Einsatz für Umweltschutz,
soziale Gerechtigkeit und Frieden -
sowie für Konzernkritik.

Es gilt
das Prinzip:
Leben statt Profit.



Fordern Sie das
kostenlose Anlage-
Prospekt an!

ethecon SolidarFonds
Postfach 15 04 35
40081 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 26 11 210 | Fax: 0211 - 26 11 220
info@ethecon.org | www.ethecon.org/esf

1984 verklagten Holzgifte-Geschädigte eine BAYER-Tochter

Eine verpasste Chance



Der im letzten Jahr verstorbene Staatsanwalt in den Holzschutzmittelprozessen, Erich Schöndorf

Vor 40 Jahren reichte die Interessengemeinschaft Holzschutzmittel-Geschädigter Klage gegen die Firma SADOLIN und die damalige BAYER-Gesellschaft DESOWAG wegen Körperverletzung ein. Damit nahm das bisher größte Umwelt-Strafverfahren in der Geschichte Deutschlands seinen Anfang.

Von Jan Pehrke

Im Februar 1984 zog die Interessengemeinschaft Holzschutzmittel-Geschädigter (IHG) vor Gericht. Sie tat dies jedoch nicht in Düsseldorf, wo sowohl die IHG als auch der größte Holzgifte-Produzent – die damalige BAYER-Tochter DESOWAG – ihren Sitz hatten, sondern in Frankfurt. In Nordrhein-Westfalen fürchteten die KlägerInnen nämlich die kurzen Dienstwege zwischen der Politik, der Justiz und dem Leverkusener Multi. Überdies gab es am Frankfurter Landgericht seit Kurzem ein Umweltdezernat.

Dort landet der Vorgang nach einiger Zeit bei dem Staatsanwalt Erich Schöndorf, der im Juni 2023 verstarb (eine ausführliche Würdigung seiner Person findet sich in der „BIG Business Crime“-Beilage von SWB 4/23). Der damals 36-Jährige verbeißt sich in den Fall und macht aus ihm das größte Umwelt-Strafverfahren in der

deutschen Geschichte. Ein Großteil seiner KollegInnen hätte die Causa wohl schon im Zuge der Vorermittlungen zu den Akten gelegt. Schöndorf aber zeigt sich entschlossen, den mehr als 200.000 Betroffenen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihre Leiden – von Akne und Allergien über Muskelkrämpfe und epileptische Anfälle bis hin zu Hirnfunktionsstörungen oder Krebs reichen die Symptome – als Körperverletzungsdelikte zur Anklage zu bringen.

Denn die ManagerInnen von DESOWAG und SADOLIN wussten, was sie taten. So warnte das Münchner „Institut für Ökologische Chemie“ die BAYER-Tochter bereits 1975 vor dem dioxin-haltigen XYLADECOR-Inhaltsstoff Pentachlorphenol (PCP). Zwei Jahre später vermeldete der DESOWAG-Werksarzt der Firmenleitung dann, dass die in Innenräumen gemessenen

XYLADECOR-Werte „bei empfindlichen Menschen sogar Gesundheitsschäden hervorrufen konnten“. BAYER selbst war auch im Bilde. Der Hauptlabor-Leiter Karl-Heinz Büchel erhielt 1977 einen „vertraulichen“ Brief, dessen Absender Prof. Dr. Schäfer von der Medizinischen Hochschule Hannover keinen Zweifel an der Gefährlichkeit der Holzschutzmittel hatte. „Ich glaube in der Tat, dass PCP mit seinem relativ großen Dampfdruck aus dem Holz allmählich abgegeben und mit der Atemluft in den menschlichen Organismus übertragen werden kann“, hieß es in dem Schreiben an den Kollegen.

Trotz allem reagierte die DESOWAG nicht. Ein „anderes Taktieren“ sei mit dem Risiko behaftet, als Schuldeingeständnis zu gelten, meinten die Verantwortlichen und entschieden sich für eine „Vorwärtsstrategie“. „Gesundheitsschäden durch

XYLADECOR und XYLAMON nicht nachgewiesen“ stand auf ganzseitigen Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, die das Unternehmen schaltete. Und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bekam Ähnliches zu hören, als sie das Thema auf die Tagesordnung der Hauptversammlung setzte. Holzschutzmittel für massive Krankheitserscheinungen verantwortlich zu machen, bezeichnete der damalige BAYER-Chef Herbert Grünewald der CBG gegenüber als „größte Lüge von der Nordsee bis zu den Alpen“.

Schöndorf und seine KollegInnen setzten alle Hebel in Bewegung, um das Gegenteil zu beweisen. Sie beauftragten das Bundeskriminalamt mit Ermittlungen, fuhren zum Bundesgesundheitsamt nach Berlin, nahmen Kontakt mit WissenschaftlerInnen auf und sprachen mit den Betroffenen. Schließlich wurde der Eifer der beamteten UmweltdetektivInnen belohnt. Eine Hausdurchsuchung bei der DESOWAG förderte Belastungsmaterial zutage: dicke Aktenordner mit 4.000 Briefen, in denen Holzgifte-AnwenderInnen ihre gesundheitlichen Beschwerden darlegten. Nach einem Urteil in einem ähnlichen Fall, dem sog. Lederspray-Verfahren, hätten diese alarmierenden Meldungen die beiden Geschäftsführer der DESOWAG zu einem Rückruf von XYLADDECOR und XYLAMON bewegen müssen. Sie aber ließen den Geschädigten Standardbriefe zukommen,

„Ich frage mich, wo die Macht liegt, in Bonn oder in Leverkusen“

die ihnen versicherten, die Produkte seien völlig unbedenklich und bisher habe es auch noch keine Schadensmeldungen gegeben. Dieses Vorgehen der Manager erlaubte schließlich eine Anklage wegen Körperverletzung.

Der Prozess begann im Dezember 1991 und endete im Mai 1993 mit einem Schuldspruch. Die beiden DESOWAG-Manager Fritz Hagedorn und Kurt Steinberg wurden wegen fahrlässiger Körperverletzung und Freisetzung von Giften in 29 Fällen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung und zu einer Zahlung von 240.000 DM (120.000 Euro) verurteilt. Dagegen gehen nicht nur Hagedorn und Steinberg, sondern auch Schöndorf und sein Kollege Reinhard Hübner in Revision. Sie halten das wesentliche Inverkehrbringen

von gesundheitsschädlichen Produkten für vorsätzliche und nicht nur fahrlässige Körperverletzung.

Dafür geht Schöndorf noch mal in die Beweisaufnahme. Im Juni 1994 fährt er – mit zwei Dutzend BeamtInnen des Bundeskriminalamts als Geleitschutz – bei BAYER in Leverkusen vor. Der Chef-Justitiar des Konzerns zeigt sich davon jedoch unbeeindruckt und droht: „Sie sind nicht mehr lange Staatsanwalt! Noch heute Abend treffe ich in Bonn den Schäuble (den damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anm. SWB). Dann sind Sie erledigt!“ Anschließend ordert er den Werksschutz, der sich mit Waffen vor den

Akten-Regalen aufbaut. Schöndorf gelingt es anschließend zwar doch, die Dokumente sicherzustellen, aber lesen darf er diese nicht. Das Beschwerdegericht verweigert ihm die Akten-Einsicht. 1995 hob dann der Bundesgerichtshof das Urteil vom Mai 1993 auf. 1996 wurde das Verfahren gegen eine Zahlung von 100.000 Mark an die Gerichtskasse und von vier Millionen Mark für die Schaffung eines Lehrstuhls für Toxikologie eingestellt.

„Ich frage mich, wo die Macht liegt, in Bonn oder in Leverkusen“, so das Resümee Erich Schöndorfs. Er quittierte frustriert seinen Dienst und nahm einen Ruf der Fachhochschule Frankfurt auf eine Professur für Umweltrecht und öffentliches Recht an. 1998 veröffentlicht der Jurist ein Buch „über das Scheitern der Justiz im Holzschutzmittel-Skandal“: „Von Menschen und Ratten“. 1999 interviewte ihn das *Stichwort BAYER* dazu. „Die Industrie kann sich schon ziemlich sicher sein, dass ihr nichts geschieht. Das Holzschutzmittel-Verfahren hatte die Chance, diese Verhältnisse umzukehren (...) das ist wieder weg, es passt wieder kein Mensch mehr auf“, sagte er da. Vehement kritisierte Schöndorf die Justiz: „Sie gehorcht ihrem Herrn. Der Herr, das ist der politische Vorgesetzte, aber es sind auch die anderen Macht-Positionen innerhalb der Gesellschaft, die wirtschaftlichen Macht-Positionen, die Konzerne halt.“ Und an denen rieb er sich bis zu seinem Lebensende, denn die Niederlage im Holzgifte-Prozess konnte seinen Kampfeswillen nicht brechen. ←



greenya
DAS GRÜNE ERKENNTNISBUCH

jetzt NEU:
greenya Nord
für Nordrhein-
Westfalen

AUSGABE
NORDRHEIN-WESTFALEN

Greenya Nord & Ost: Nachhaltige Produkte & Dienstleistungen erleben.

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,60 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

<input type="checkbox"/> Nord (Hamburg, Schleswig-Holstein) <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen	<input type="checkbox"/> Ost (MV, BB, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
---	---

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya® CBG 35/16 2023

Politik pampert Pharma-Produzenten

Ein Booster für BAYER & Co.



Bundeskanzler Olaf Scholz am 12. September auf dem „Chemie & Pharma Summit“

Millionen-Subventionen für Forschungseinrichtungen, bessere Bedingungen für Pharma-Studien, Zugriff auf die Daten von PatientInnen und Medikamenten-Preise als geheime Kommando-Sache – die Ampel-Koalition umsorgt BAYER und andere Pillen-Riesen zurzeit wie keinen anderen Industrie-Zweig.

Von Jan Pehrke

Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* wusste genau zu sagen, wie „Das neue deutsche Pharma-Wunder“ begann. „Es fing nach Informationen der F.A.S. damit an, dass ein Dutzend Konzern-Chefs aus aller Welt ihre Aufwartung im Bundeskanzleramt machten, um für ihre Sa-

che zu werben – und zu sagen, was sie in Deutschland nerve, die langen Genehmigungsdauern für klinische Studien etwa und die Einschränkungen bei der Nutzung medizinischer Daten“, hieß es in der Ausgabe vom 21. Juli 2024. Dann ging es in kleineren Runden mit Bundeskanzler Olaf

Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck weiter. „Man sprach über Medikamente und geostrategische Sicherheit, über Innovation und Wertschöpfung, über den Zusammenhang von Arzneimittel-Erstattung und Standort-Attraktivität“, protokollierte die F.A.S.

Und bald schon wurden aus den Worten Taten. Erleichternd kam dabei das Jahrgutachten des Sachverständigen-Rates für Wirtschaft hinzu. Die „Wirtschaftswesen“ schrieben der Branche in ihrer Bewertung einzelner Industrie-Zweige nämlich das größte ökonomische Potenzial zu. „Das spielte für unsere Überlegungen natürlich eine Rolle“, so Staatssekretär Jörg Kukies, seit vielen Jahren die graue Eminenz der deutschen Wirtschaftspolitik. Diese „Überlegungen“ mündeten dann in die „Pharma-Strategie“, an der BAYER & Co. kräftig mitgeschraubt haben. Sie wurde „unter Einbeziehung der pharmazeutischen Industrie erarbeitet“, wie das Bundesministerium für Gesundheit auf Nachfrage der Linken-Abgeordneten Katrin Vogler zugab.

Das Medizinforschungsgesetz

Das Herzstück der Strategie stellt das Medizinforschungsgesetz dar. Mit diesem verfolgt Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Absicht, den hiesigen Pharma-Standort so zu stärken, dass er „in einigen Jahren an die Vereinigten Staaten anschließen kann“ und Deutschland „ein Gigant in der Medizin-Forschung“ wird. „Mit BAYER hat er deshalb eine Gesetzesinitiative abgesprochen“, meldete der *Kölnner Stadtanzeiger*. Der Gesundheitsminister erklärte gegenüber der Zeitung freimütig, bei der Arbeit am Projekt im engen Austausch mit Stefan Oelrich, dem Pharma-Vorstand des Leverkusener Multis, gestanden zu haben. Der hatte nämlich im Januar 2023 lamentiert: „Die europäischen Regierungen versuchen, Anreize für Forschungsinvestitionen zu schaffen, aber auf der kommerziellen Seite machen sie uns das Leben schwer“. Die Konsequenz für BAYER: „Wir verlagern unseren kommerziellen Fußabdruck und die Ressourcen für unseren kommerziellen Fußabdruck deutlich weg von Europa.“ Im Mai 2023 gab der Pillen-Riese dann bekannt, seine Forschungsausgaben in den USA verdoppeln und eine Milliarde Dollar investieren zu wollen.

Um das Fernweh der Pillen-Riesen zu lindern, sieht das Paragrafen-Werk nun unter anderem vor, BAYER & Co. die Durchführung klinischer Studien zu erleichtern. Lauterbach plant, die Genehmigungsdauer für Medikamenten-Tests auf fünf Tage zu verkürzen. „Bürokratie-Abbau“ lautet die bei solchen Gelegenheiten gern in Anschlag gebrachte Devise. Dabei ist Zentralisierung das Mittel der Wahl. Der SPD-Politiker beabsichtigt, eine Bundes-

ethikkommission zur Begutachtung der klinischen Prüfungen zu schaffen und diese beim „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) anzusiedeln. Die Ethikkommissionen von Universitätskliniken, Ärztekammern und Landesbehörden spielen dann keine Rolle mehr. Beim Datenschutz stehen ähnliche „Verschlankungen“ an. Zudem soll es künftig nicht nur Uni-Kliniken, sondern auch ganz normalen Krankenhäusern erlaubt sein, Arznei-Erprobungen im Auftrag der Konzerne durchzuführen.

Darüber hinaus möchte die Ampelkoalition die Preise, die die Pillen-Produzenten mit den Krankenkassen für ihre neuen Medikamente aushandeln, künftig unter Verschluss halten. Zwischen den ausgewiesenen und den tatsächlichen Preisen liegen nämlich kleine Welten bzw. Rabatte. Und über die Höhe dieser Abschläge herrscht jetzt Stillschweigen. „Der Hintergrund dafür ist, dass die öffentlich bekannten, stark rabattierten deutschen Preise bisher als Reverenz für andere Länder dienten. Das beschnitt aus Sicht der Hersteller ihre Verhandlungsspielräume in anderen Staaten, weshalb sie auf Vertraulichkeit drangen“, erläuterte die *FAZ*. Im Zuge des parlamentarischen Verfahrens gab es hier jedoch Einschränkungen. Die Geheimhaltungsklausel darf ein pharmazeutischer Unternehmer jetzt nur

noch für sich in Anspruch nehmen, wenn er „eine Arzneimittel-Forschungsabteilung und relevante eigene Projekte und Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen in präklinischer oder klinischer Arzneimittel-Forschung in Deutschland nachweisen kann“.

Damit nicht genug, reißt das Medizinforschungsgesetz die Leitplanken ein, die das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) von 2011 für die Preise von neuen Pharmazeutika mit gar keinem oder nur geringen Zusatznutzen aufgestellt hatte. Bisher mussten diese sich an den Kosten der Vergleichstherapie orientieren. Jetzt vergrößert sich der Verhandlungsspielraum, „um die Erhebung versorgungsnaher Daten zu unterstützen und die Kontinuität der Versorgung sicherzustellen“, wie der Gesetzgeber festhält. Abermals gilt das jedoch nur für diejenigen Unternehmen, die hierzulande in nennenswerter Weise forschen, entwickeln und testen.

Der BAYER-Konzern hatte eine solche Regelung für pharmazeutische Nullnummern lange gefordert. Was der Gesetzgeber als nur „geringen Zusatznutzen“ bezeichnet, ist für Pharma-Chef Stefan Oelrich eine „Schrittinnovation“. So ein Kleinklein wäre in der Branche überdies der Regelfall, konstatiert er mit Verweis auf Diabetes und psychische Erkrankungen, „da ein mindestens beträchtlicher Zusatznutzen

KAZ-Ausgabe 388

mit folgenden Themen:

„Verbieten wollen sie ...“

Außerdem u.a.:

**Reserven der Bourgeoisie
– die Karten werden neu
gemischt**



KAZ
KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

Gruppe Kommunistische
Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46
90122 Nürnberg

Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de



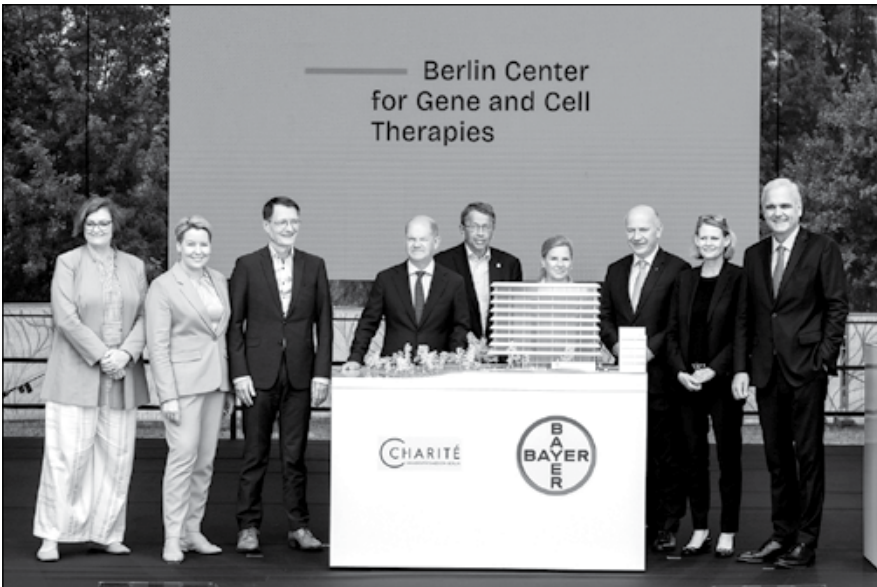


Foto: BAYER

BAYERs Pharmachef Stefan Oelrich (rechts) kann bei der Vorstellung der Pläne für ein Zell- und Gentherapie-Zentrum viel Polit-Prominenz begrüßen

hier so gut wie nie erreicht werden kann“. In solchen Fällen mit Leitplanken in den Zahlungsverkehr einzugreifen, hat dem Pillen-Manager zufolge beträchtliche Nebenwirkungen. „Anreize für die Entwicklung verbesserter Therapie-Ansätze und für weitere Behandlungsoptionen werden vermindert und die Markt-Einführung dieser Schritt-Innovationen in Deutschland gefährdet. Was jetzt verlagert und in anderen Ländern investiert wird, das wird nicht mehr zurückkommen. Das kann nicht der Wunsch der Politik im Sinne einer stabilen Versorgung der Bevölkerung in Deutschland sein“, bekundete er.

Viel Kritik

Lauterbach hörte die Signale. Und das *Handelsblatt* zeigte sich begeistert. „Lauterbach-Pläne könnten Wirtschaft Milliar-

den-Einnahmen bescheren“, frohlockte die Zeitung. Ansonsten stieß das Programm zur Pflege der Pharma-Landschaft jedoch auf massive Kritik. Der „Arbeitskreis Medizinischer Ethik-Kommissionen“ etwa wandte sich scharf gegen das Vorhaben, eine Obere Ethikkommission einzurichten. „Bestrebungen, das System der dezentralen Ethikkommissionen in Deutschland abzuschaffen und stattdessen eine Bundesethikkommission beim ‚Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte‘ (BfArM) zu schaffen, sind politisch, rechtlich und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen“, hieß es in einer Erklärung. Konkret sah der Arbeitskreis die Unabhängigkeit des neuen Gremiums gefährdet, wenn es an das BfArM angegliedert ist. Besonders große Empörung rief das Ansinnen hervor, die wahren Preise für neue

Medikamente nunmehr zu verschweigen. „Das würde zu noch mehr Intransparenz bei der Preisbildung und zur Anhebung des ohnehin hohen Preis-Niveaus führen und die Arzneimittel-Preise in Deutschland weiter hochschaukeln“, warnt der stellvertretende AOK-Vorsitzende Jens Martin Hoyer. Seiner Ansicht nach „ist die Wirtschaftsförderung für den Pharma-Standort Deutschland keine Aufgabe der Beitrag zahlenden Versicherten“. Mit zusätzlichen Belastungen in Höhe von bis zu 30 Milliarden Euro rechnet der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen, unter anderem weil die ÄrztInnen nicht mehr wissen, wie teuer die von ihnen verschriebenen Pillen die BeitragszahlerInnen kommen. Ein gesteigertes Interesse an dieser Regelung hat das US-Unternehmen ELI LILLY, das mit einem zur Abnehm-Arznei umgewidmeten Diabetes-Präparat derzeit Milliarden-Profit einfährt. Dem Pharma-Riesen ist aktuell nämlich sehr daran gelegen, über den wirklichen Preis des vor der Markteinführung stehenden Antidiabetikums MOUNJARO den Mantel des Schweigens zu hüllen, um bei der Preisgestaltung für dessen Lifestyle-Zwilling – die Schlankheitsspritze ZEPBOUND – genug Luft nach oben zu haben. Deshalb besteht der dringende Tatverdacht, dass der entsprechende Passus des Gesetzes bei der Ansiedlung einer Pillen-Produktion von ELI LILLY in Alzey eine Rolle als „weicher Standort-Faktor“ gespielt hat. Die Linken-Abgeordnete Katrin Vogler stellte in der Sache eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung und erbat Auskunft darüber, ob es einen Austausch mit dem Management von ELI LILLY gab und ob dabei die Geheimpreise auf der Tagesordnung gestanden hätten. Die Ampelkoaliti-

STICHWORT

BAYER

DAS KONZERNKRITISCHE MAGAZIN

KONZERNMACHT
BRECHEN.
LEBENSGRUNDLAGEN
SICHERN.

KOSTENFREIE UND UNVERBINDLICHE PROBEHEFTE ANFORDERN:

WWW.STICHWORT-BAYER.DE • INFO@STICHWORT-BAYER.DE • POSTFACH 1504 18 / 40081 DÜSSELDORF

on listete in einer Tabelle fein säuberlich sechs Gespräche auf und vermerkte drei Mal knapp „Themen der Frage wurden angesprochen“.

In der Bundestagsdebatte zum Medizin-forschungsgesetz wollte Gesundheitsminister Lauterbach aber nichts von einem „Lex Lilly“ wissen. „Das hat nichts mit dem Unternehmen ELLI LILLY zu tun“, beteuerte der Sozialdemokrat. Als Oppositionspolitiker hatte er Geheimpreise noch als „unerträgliche Bevormundung der Ärzte“ bezeichnet und strikt abgelehnt. Stattdessen plädierte Lauterbach damals für Transparenz. Nun aber sagt er plötzlich, „Transparenz zugunsten aller anderen und wir zahlen – das kann nicht richtig sein“. Und in der Antwort der Bundesregierung auf die Vogler-Anfrage heißt es gleichlautend, die Bestimmung hebe lediglich einen Wettbewerbsnachteil auf.

Aber die Wunscherfüllungsmaschine spukte noch mehr Gesetze aus. Mit dem Paragrafen-Werk „zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens“ machte die Ampelkoalition die elektronische Patienten-Akte (ePA) obligatorisch (zu den Risiken und Nebenwirkungen siehe auch S. 12 ff.). Wer jetzt aus Datenschutz-Gründen keine zentrale Speicherung seiner Kranken-Akte auf einem kleinen Kärtchen möchte, muss sich jetzt proaktiv dagegen aussprechen und die „Opt-out“-Möglichkeit nutzen, ansonsten kommt die ePA automatisch ins Haus – und nicht nur ins eigene. Mit dem Gesetz „zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten“ erlauben Scholz & Co. nämlich auch Big Pharma einen Einblick, um die Daten zu Forschungszwecken zu nutzen.

Des Weiteren im Programm: Das „Gesetz zur Stärkung der Herz-Gesundheit (Gesun-

des-Herz-Gesetz – GHG)“. Dieses strebt an, „die Früherkennung und die Versorgung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu verbessern“ und hat dazu auch schon die passenden Mittel parat: Statine. Wann immer die Untersuchungen bei Kindern und Jugendlichen einen erhöhten Cholesterinspiegel feststellen, gibt es zur Vorbeugung BAYERs SIMVASTATIN oder andere Präparate dieser Medikamenten-Gruppe. Die Fachwelt schüttelt den Kopf über den Lauterbach-Vorstoß. Das industrie-unabhängige *arzneimittel-telegramm* sieht gar schon „das Ende der Ära der evidenz-basierten Medizin“ eingeläutet, weil es keine fundierten Nachweise zum Langzeit-Nutzen von SIMVASTATIN & Co. bei Kindern gibt.

Millionen-Subventionen

Noch dazu fließen kräftig Subventionen in Projekte von BAYER & Co. So bezuschusst der Staat das vom Leverkusener Multi gemeinsam mit der Charité in Berlin geplante Zell- und Gentherapie-Zentrum mit 44 Millionen Euro. Begleitend dazu hat die Ampelkoalition eine „Nationale Strategie für gen- und zellbasierte Therapien“ an den Start gebracht. Diese beabsichtigt, „ein lösungsorientiertes Konzept für den GCT (gen- und zellbasierte Therapien)-Standort Deutschland zu entwickeln, das den Transfer neuer Erkenntnisse aus der Forschung in die direkte Krankenversorgung verbessert“, verlautet aus dem „Bundesministerium für Bildung und Forschung“ (BMBF). „Dadurch soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland in diesem Feld gestärkt werden“, so das BMBF.

Und neben BAYER und ELI LILLY bauen auch noch BIONTECH, VETTER, ROCHE,

SANOFI, DAIICHI und MERCK. Auf rund sieben Milliarden Euro belaufen sich die „Pharmawunder“-Investitionen. Und die Branche zeigt sich erkenntlich. „Heute ist einfach mal der Tag, ‚Danke‘ zu sagen“, mit diesen Worten begrüßte Markus Steilemann, der Vorsitzende des „Verbandes der Chemischen Industrie“, Bundeskanzler Olaf Scholz im September auf dem „Chemie & Pharma Summit 2024“.

Der Rest der Bevölkerung hat weniger Grund zur Dankbarkeit. Die Politik pumpt Unsummen in Unternehmen wie BAYER, die mit Zell- und Gentherapien hochspezialisierte Behandlungsformen für Krankheiten entwickeln, die kaum jemand hat, weil hier das Geld lockt, oder hofiert auf Kosten der BeitragszahlerInnen Hersteller von Schwachsinnsmedikamenten wie Abnehm-Spritzen.

Dabei ist hierzulande die medizinische Grundversorgung gefährdet. Rund 500 Arznei-Lieferengpässe meldet das BfArM. Zudem stehen zahlreiche Krankenhäuser vor der Pleite, und es herrscht ein eklatanter Mangel an ÄrztInnen und Pflegepersonal. Nicht umsonst hat im September 2024 ein Bündnis aus MedizinerInnen, ApothekerInnen, TherapeutInnen und PflegerInnen Bundeskanzler Olaf Scholz zu einem nationalen Gesundheitsgipfel im Kanzleramt aufgefordert. „Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Gesundheitsversorgung geht immer weiter auseinander, warnt Christine Vogler vom „Deutschen Pflegerat“ und Ärzte-Präsident Klaus Reinhardt mahnt, „dass das Vertrauen der Menschen in unsere demokratische Grundordnung auch durch das Vertrauen in ein verlässliches Gesundheitssystem wesentlich beeinflusst wird“. ◀



SoZ

Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Die IG Metall und die sozialökologische Transformation · Climate Engineering: ein gefährliches Versprechen zur Rettung der Welt · Solidarische Alternativen zu kapitalistischen Pleiten – das transformative Potenzial selbstverwalteter Betriebe · Frankreich: Die Neue Volksfront und ihre Perspektiven u. v. a.

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ · Regentenstr.57-59 · 51063 Köln

Telefon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

Rechtsschutz für Glyphosat

Gesetzgeber BAYER



BAYER-Kampagne für Gesetze, die Glyphosat Immunität gewähren

Weil der BAYER-Konzern vor US-Gerichten Glyphosat-Geschädigten oft unterlag und hohe Zahlungen leisten musste, will er nun die Gesetze ändern.

Von Jan Pehrke

Im Jahr 2015 stuft die Weltgesundheitsorganisation WHO das Pestizid Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. In den USA löste das eine Prozess-Welle aus, weil es dort die Möglichkeit der Sammelklage gibt. Diese erlaubt es den Geschädigten nämlich, ihr Recht zu suchen, ohne untragbare finanzielle Risiken auf sich zu nehmen.

Die ersten Verfahren endeten für den BAYER-Konzern, der sich das Herbizid mit der Übernahme von MONSANTO eingehandelt hatte, desaströs. Er musste

jeweils hohe 2-stellige Millionen-Beträge als Strafe zahlen. In der Folge brach der Aktien-Kurs ein und erholte sich bis heute nicht, denn noch immer sind rund 57.000 Fälle anhängig.

Gegen eine Einigung mit den Geschädigten sträubte sich der Leverkusener Multi, aus dem Mediationsverfahren stieg er aus. Stattdessen setzte er auf juristische Winkelzüge, die jedoch bis dato erfolglos blieben. Eine Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil konnte die Finanzmärkte auch nicht gnädig stimmen. Große Fonds

forderten immer wieder die Zerschlagung des Unternehmens und den Kopf des Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann.

2023 bekamen sie ihn dann schließlich. Unter Baumann-Nachfolger Bill Anderson leitete das Unternehmen verschiedenste Maßnahmen ein, um die Akte „Glyphosat“ zu schließen. Es berief die US-Amerikanerin Lori Schechter in den Aufsichtsrat, die sich durch eine besondere Qualifikation für den Job empfahl: Sie hatte in der Opioid-Krise erfolgreich juristische Schadensbegrenzung für die

Pharma-Firma MCKESSON betrieben. Zudem trennte sich der Agro-Riese von den Kanzleien, die ihn bisher vertreten hatten. Aber er suchte auch nach anderen Wegen. Auf der Bilanz-Presskonferenz im März 2024 kündigte die Aktien-Gesellschaft „neue Ansätze inner- und außerhalb der Gerichtssäle“ an. „Aber es ist klar, dass eine Verteidigungsstrategie allein nicht ausreicht“, hielt Anderson fest. Zu den Maßnahmen, „diesen Rechtskomplex im Sinne unseres Unternehmens und unserer Kunden abzuschließen“, gehöre darüber hinaus „eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Bereich der Politik“, so der Vorstandsvorsitzende.

Lex BAYER

Im Mittelpunkt dieser Bemühungen stehen legislative Aktivitäten, denn der Leverkusener Multi schreibt seine Niederlagen in den Schadensersatz-Prozessen „fehlgeleitete(n) staatliche(n) Regulierungsbemühungen“ zu. Mit Verweis auf diese Bestimmungen erfolgten nämlich immer wieder Verurteilungen wegen versäumter Warnungen vor den Risiken und Nebenwirkungen des unter dem Produkt-Namen ROUNDUP vermarkteten Mittels. BAYERs VerteidigerInnen führten zur Entlastung regelmäßig die US-amerikanische Umweltbehörde EPA an, die das Pestizid nicht als krebserregend einstuft; sie konnten sich damit allerdings nicht durchsetzen. Im Juli 2024 etwa verwarf ein Gericht in Oregon – wie vor ihm schon andere – die Argumentation des BAYER-Konzerns. Er „beruft sich auf die Genehmigung der EPA für die Kennzeichnung von ROUNDUP und behauptet, dass diese Genehmigung – die keine Krebs-Warnung enthält – den Ansprüchen des Klägers entgegensteht“, rekapitulierten die Richter, um dem Leverkusener Multi dann eine Abfuhr zu erteilen. „Unserer Ansicht kann die Genehmigung eines Etiketts durch die EPA (...) bundesstaatliche Bestimmungen nicht außer Kraft setzen.“ Das Pestizid-Gesetz FIFRA erlaube den Bundesstaaten ausdrücklich, eigene regulatorische Entscheidungen zu treffen, hielt der „Oregon Court of Appeals“ fest. Konkret hob er das Urteil der Vorinstanz auf, weil diese den VertreterInnen des Klägers nicht erlaubten, den Wissenschaftler Charles Tenbrock seine Kritik am Umgang der EPA mit Glyphosat im Gerichtssaal vortragen zu lassen. Wegen solcher RichterInnen-Sprüche lanciert der Agro-Riese nun Paragrafen-Werke, welche die EPA-Bewertung als bindend für alle Gerichte der Vereinigten



Mit 4.000 Dollar auf BAYERs Payroll: der Republikaner Dusty Johnson

Staaten erklären sollen. Die Koordination liegt dabei in den Händen des „Heads of Public Affairs, Sustainability and Safety“, dem ehemaligen Grünen-Politiker Matthias Berninger. „Seine Pressure-Boys bearbeiten jetzt Abgeordnete in einem guten Dutzend Bundesstaaten, damit sie die Oberhoheit der EPA anerkennen“, so das *Manager Magazin*.

In Iowa präsentierte der BAYER-Konzern die entsprechende Vorlage gleich selbst. Sein Lobbyist Craig Mischo stellte sie in einem Unterausschuss des dortigen Repräsentantenhauses gemeinsam mit Brad Epperly von der Beratungsfirma CWL vor. Natürlich hatte das Unternehmen vorher die politische Landschaft entsprechend gepflegt. Die Top Ten führt Iowas Landwirtschaftsminister Mike Naig mit Spenden in Höhe von 19.500 Dollar an. Der letzte auf der Liste, der Republikaner Bobby Kaufmann, erhielt immerhin noch 2.250 Dollar vom Agro-Riesen.

Idaho dürfte BAYER ähnlich viel gekostet haben. Im dortigen Senatsausschuss sprach Mark Harris von den Republikanern zumindest ein paar einleitende Worte, bevor er alles Weitere James Curry, BAYERs Mann für „State and Local Government Affairs“, überließ. In Missouri und Florida läuft die Gesetzes-Maschinerie ebenfalls bereits an, orchestriert von massiver Öffentlichkeitsarbeit mit Slogans wie „Missouri's Crops can't wait. Protect Glyphosate“ oder „Stand with Missouri Farmers – Not Trial Lawyers“. Sogar an die patriotischen Gefühle appellierte der Konzern: „Don't make Missouri Farmers reliant on foreign countries.“

Er sieht sich durch die „Klage-Industrie“ nämlich vom Untergang bedroht und warnt kaum verhohlen davor, China Platz machen zu müssen. „Dahinter steht ein

Schreckensszenario. BAYER ist der einzige Hersteller im Land. Wenn das Unternehmen als Lieferant ausfällt, könnte dies die Lebensmittel-Versorgung in den USA gefährden und die heimische Landwirtschaft mittelfristig von China abhängig machen. Denn dort sitzen die meisten anderen großen Glyphosat-Produzenten“, so analysierte das *Handelsblatt* die Kampagne. Aber Erfolge mit dem, was die Wirt-

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung

**Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio- und Umweltsäden oder für jährlich 25 Euro per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de





Im Repräsentantenhaus des US-Bundesstaates Iowa

schaftszeitung aus Düsseldorf „Gesetzesanpassungen“ nennt, kann der Leverkusener Multi noch in keinem Bundesstaat verbuchen. In Idaho etwa scheiterte das Paragrafen-Werk auch in einer überarbeiteten Fassung, und die Chancen für die dritte Variante stehen ebenfalls schlecht. Einige Abgeordnete wollten zunächst zustimmen, überlegten es sich der Journa-

listin Lisa Held vom US-Portal *Civil Eats* zufolge aber doch anders, weil ihnen plötzlich Krebs-Kranke aus ihrem persönlichen Umfeld in den Sinn kamen. Auch mochten sie BAYER & Co. nicht generell aus der Verantwortung entlassen. Einen von ihnen, den Republikaner Brian Lenney, zitierte *Civil Eats*. „Wir opfern unsere Zukunft für die Gegenwart“, sagte er: „Und

schließlich glaube ich nicht, dass die Gewährung lebenslanger Immunität für milliardenschwere Pharmaunternehmen auf der Bingo-Karte unserer Wähler stand, als sie uns hierher schickten.“

Auf Bundesebene treibt der Konzern indessen den „Agricultural Labeling Uniformity Act“ voran, der es untergeordneten politischen Einheiten verbietet, eigenmächtig das Anbringen von Warnhinweisen auf Pestizid-Verpackungen anzuordnen. Bill Anderson machte das Ganze zur Chefsache. So nutzte er im Februar 2024 die Münchner Sicherheitskonferenz zur Werbung für dieses Unterfangen. Am Rande der Veranstaltung versuchte der Vorstandsvorsitzende, die prominenten US-PolitikerInnen Nancy Pelosi, Hillary Clinton, John Kerry und Mike Pompeo von der Notwendigkeit neuer Bestimmungen zur Regulierung von Agro-Chemikalien zu überzeugen. Zudem reiste der US-Amerikaner in der Angelegenheit mehrmals nach Washington und sprach bei EntscheidungsträgerInnen vor. In einer Rede vor WirtschaftsvertreterInnen in Chicago bezeichnete er das Thema „Glyphosat-Klagen“ als existenziell für BAYER mit Folgen weit über den Konzern hinaus. „Wenn Glyphosat aus dem landwirtschaftlichen

Solidarität jetzt: Dein Abo für die Pressefreiheit!



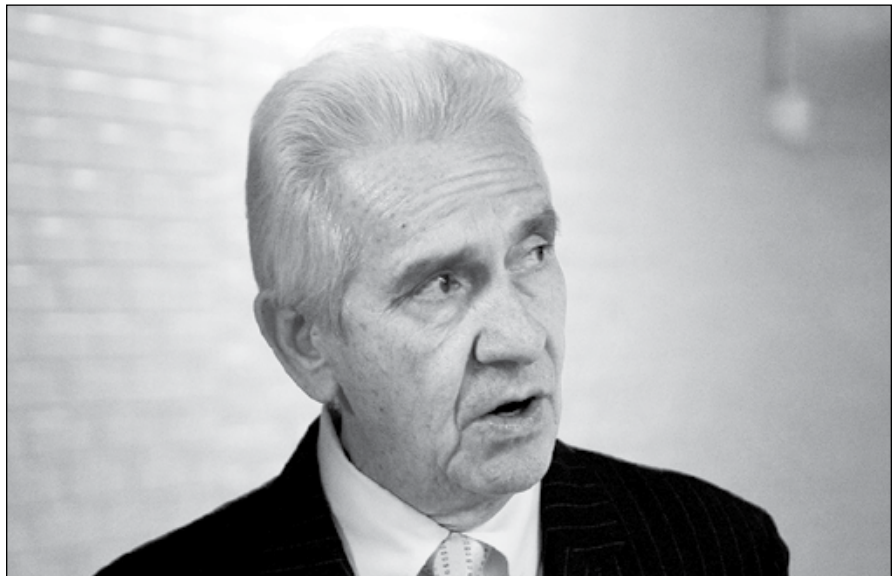
Jetzt bestellen:
jungewelt.de/abo
Tel.: 0 30/53 63 55-80

FOTO: IVETT POLYAK-BAR AM/WW

System entfernt würde, dürften die Lebensmittel-Kosten für eine durchschnittliche vierköpfige Familie in den USA nach Schätzungen um mehr als 40 Prozent steigen“, sagte Anderson bei einem Vortrag im „Executives' Club of Chicago“. Sogar die Welternährung sah der BAYER-Chef in Gefahr, weil die Gerichtskosten den Forschungsetat schmälerten und so angeblich Fortschritte bei der Suche nach Wegen gefährdeten, eine wachsende Weltbevölkerung trotz des Klimawandels ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen.

Immenser Lobby-Einsatz

BAYER investierte 2023 einen Großteil seines offiziellen US-amerikanischen Lobby-Etats von 7,35 Millionen Dollar in das Gesetzes-Projekt und begleitende PR-Maßnahmen. Als „eines der wesentlichen Schwerpunkte unserer politischen Interessensvertretung“ bezeichnete es Finanz-Vorstand Wolfgang Nickl auf der letzten Hauptversammlung in seiner Antwort auf eine entsprechende Frage der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG). Der Republikaner Dusty Johnson, der das Vorhaben maßgeblich vorantreibt und Input von BAYER-LobbyistInnen bei der Er-



Mit 3.500 Dollar auf BAYERs Payroll: der Demokrat Jim Costa

stellung der Vorlage freimütig einräumt, bekam für seine Dienste im laufenden Jahr bisher 4.000 Dollar vom Leverkusener Multi. Der ihm zur Seite stehende Jim Costa von den Demokraten erhielt 3.500 Dollar. Insgesamt bedachte BAYER PolitikerInnen seiner Partei, die einen Sitz im Senat oder Repräsentantenhaus haben, bisher mit 63.000 Dollar und ihre repub-

likanischen Pendant mit 103.591 Dollar. Beim Einbringen des „Agricultural Labeling Uniformity Acts“ betonten Johnson und Costa, die beide dem Agrar-Komitee des Repräsentantenhauses angehören, die Dringlichkeit, das Patchwork unterschiedlicher Vorschriften zu beenden und warnten vor Ernährungsnotständen durch die gegenwärtigen Regelungen. „Inmitten

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu



Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisation, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3
29413 Dähre
Telefon: 039031.950 596

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialerats zu dulden.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Dezember 1929

www.ossietzky.net



O-Ton BAYER



„Auch außerhalb der Gerichtssäle verfolgen wir Maßnahmen, um die Rechtsrisiken einzudämmen (...) Wir konzentrieren uns weiterhin sowohl auf die Gesetzgebung auf nationaler Ebene als auch in den einzelnen Bundesstaaten und setzen uns für die baldige Verabschiedung eines Gesetzes im Kongress ein, das amerikanischen Landwirten Verlässlichkeit bringt und das sicherstellt, dass Regulierung wissenschaftlich fundiert ist (...) Denn wir brauchen unsere Einnahmen, um unsere Mission zu finanzieren und nicht die US-Klageindustrie.“

BAYER-Chef Bill Anderson zum Fall „Glyphosat“

einer globalen Lebensmittelkrise müssen wir alle Herausforderungen für die Märkte vermeiden, die unsere Lebensmittelsicherheit gefährden. Dieser Gesetz-Entwurf wird eine einheitliche Kennzeichnung von Pestiziden nach staatlichem Recht gewährleisten, was zu einer nachhaltigeren und sichereren Lebensmittelversorgung führen wird“, versicherte Jim Costa. Es gelang den LobbyistInnen der Aktiengesellschaft, massive Unterstützung von Landwirtschaftsverbänden für die Lex BAYER zu organisieren. Rund 360 Vereinigungen wie etwa die Agroindustrie-Interessensvertretung „Croplife America“, die „National Corn Growers Association“, die „National Milk Producers Federation“ oder die „US Rice Producers Association“ stellten sich hinter den Konzern und bildeten die „Modern Ag Alliance“. „Wenn die Landwirte wegen eines Flickenteppichs staatlicher oder lokaler Kennzeichnungen den Zugang zu Mitteln verlieren, wird dies nur ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Pflanzen zu schützen“, hielt Daryl Cates von der „American Soybean Association“ fest. Auch die „Agricultural Retailers Association“ begrüßte die Initiative. Sie helfe, Bundesstaaten wie Kalifornien künftig daran zu hindern, „trotz des Konsenses der weltweiten Pestizid-Aufsichtsbehörden, einschließlich der EPA, dass Glyphosat sicher ist“, Krebs-Warnungen vorzuschreiben, behauptete die ASA. Die konzertierte Aktion fand sogar Eingang in die Hauptversammlungsrede des BAYER-Chefs. „Wir haben unsere Kräfte gebündelt, um sicherzustellen, dass die amerikanischen

Landwirte in dieser wichtigen Frage von den Gesetzgebern und der breiten Öffentlichkeit gehört werden“, teilte Bill Anderson seinen AktionärInnen am 26. April 2024 mit.

Massiver Protest

Doch gegen die Gesetzes-Pläne erhebt sich massiver Protest sowohl aus den Reihen der Republikaner als auch aus denen der Demokraten. Im Januar sandten 140 PolitikerInnen beider Parteien aus 30 Bundesstaaten einen Alarm-Brief an das Agrar-Komitee. „Wir schreiben, um unseren entschiedenen Widerstand gegen jegliche Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen, die seit Langem bestehenden bundesstaatlichen und lokalen Befugnisse zur Regulierung von Pestiziden zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt einzuschränken“, heißt es darin. Das Ansinnen schade dem öffentlichen Interesse, weil es die Möglichkeit beschneide, „gegen unverantwortliche Unternehmen vor Gericht zu ziehen“, mahnen die UnterzeichnerInnen und sehen die Praxis, vor Ort Regulierungsmaßnahmen zu beschließen, vom zentralen Pestizid-Gesetz FIFRA und dem Obersten Gerichtshof des Landes gedeckt. Ende März wandten sich überdies 20 PolitikerInnen der Demokraten in einem Schreiben an die beiden Fraktions-sprecher im Senat, ihren Kollegen Charles E. Schumer und den Republikaner Mitch McConnell. „Während die bundesstaatlichen Vorschriften einen Basisschutz gegen die schädlichen Effekte von Pestiziden bieten, sind nur die Kommunen und

Jetzt zum Aktionspreis!

Das »Blätter« Kombi-Abo

Print und digital + Abo-Prämie

Hier bestellen

Bundesstaaten in der Lage, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die speziell auf die Bedürfnisse ihrer Bürger zugeschnitten sind“, konstatieren die Absender. Als Beispiele nennen sie die Notwendigkeit, besondere Sicherheitsvorkehrungen für Schulen, LandarbeiterInnen, ländliche Regionen, Trinkwasser, aber auch Bienen und andere Tiere zu treffen.

Von anderen Seiten hagelt es ebenfalls Kritik. „Sie haben verloren, also kommen sie mit dem Hut in der Hand zum Kongress und versuchen, das Gesetz zu ändern“, sagt Daniel Savery von EARTHJUSTICE. Daniel Hinkle von der AMERICAN ASSOCIATION FOR JUSTICE zieht indessen Parallelen zu Vorgängen in der Vergangenheit: „Dies ist die gleiche Strategie, die wir bei Firmen im Zusammenhang mit Asbest, Tabak und anderen Produkten gesehen haben, die über Jahrzehnte hinweg immenses Unheil angerichtet haben und trotzdem versuchten, ungeschoren davonzukommen.“ Beide Gruppen gehörten zu den 185 Organisationen, die einen Brief an die Abgeordneten des Repräsentantenhauses aufsetzten, um an diese zu appellieren, den „Agricultural Labeling Uniformity Act“ nicht zu verabschieden. „Wir fordern Sie auf, sich auf die Seite der öffentlichen Gesundheit, der Verantwortlichkeit und der Umwelt zu stellen anstatt auf die Seite der Profite der chemischen Industrie“, schrieben sie.

Die CBG verurteilte das Vorgehen BAYERs ebenfalls scharf. „Es darf nicht sein, dass Unternehmen ohne demokratische Legitimation allein durch ihre Wirtschaftskraft

legislative Macht erhalten. Der BAYER-Konzern muss seine Gesetzes-Maschine sofort stoppen“, schrieb sie in ihrer Presseerklärung.

Der Leverkusener Multi aber beteuert scheinheilig, den PolitikerInnen lediglich helfend zur Hand zu gehen: „Wir unterstützen die staatliche Gesetzgebung zusammen mit Dutzenden anderer landwirtschaftlicher Organisationen, weil die Zukunft der amerikanischen Landwirtschaft von einer zuverlässigen, wissenschaftlich fundierten Regulierung wichtiger Pflanzenschutzmittel abhängt, die von der EPA als sicher für die Anwendung eingestuft wurden.“

Im August 2024 teilte der „3rd U.S. Circuit Court of Appeals“ in Pennsylvania diese Auffassung BAYERs betreffs der EPA und wies eine Entschädigungsklage ab – zweifellos ein Erfolg der Kampagne. Von einer Konzern-Macht, die „beängstigend“ sei, spricht der KlägerInnen-Anwalt Ronald Miller deshalb.

Und da es nun unterschiedliche Urteile in der Sache gibt, hofft der Agro-Riese auf die Möglichkeit, den Supreme Court als höchstes Organ der Rechtsprechung in den USA anzurufen. „Wir werden erneut einen Versuch unternehmen, die Glyphosat-Klagen wegen angeblich fehlender Warnhinweise vor den Supreme Court zu bringen“, kündigte Matthias Berninger an: „Wir wollen auf verschiedenen Wegen der Wissenschaft zu ihrem Recht gegen die Klage-Industrie verhelfen.“

Im Jahr 2022 scheiterte dieses Ansinnen. Damals mochte der Supreme Court

Promis gegen Profit



„Mit der Zuerkennung von Rechtspersönlichkeit waren in der Vergangenheit eine gesellschaftliche Stärkung und ein Empowerment der anerkannten Personen verknüpft. Dies gilt für die Erweiterung des Kreises von Rechtspersonen auf Sklaven, People of Colour, Frauen und Kinder und parallel auf Kapitalgesellschaften, Trusts oder Personenvereinigungen. Diese Wirkung auch der Natur und ihren Ökosystemen zukommen zu lassen, ist (...) dringend erforderlich und die Aufgabe unserer Zeit. Es besteht jedenfalls ein fundamentaler Wertungswiderspruch. Die Interessen des Kapitals und Vermögensinteressen werden seit Jahrhunderten rechtlich codiert und abgesichert (...), während ökologische Interessen und die Interdependenz von Mensch und Natur traditionell vernachlässigt werden.“

Martin Borowsky, Richter am Landgericht Erfurt, in dem Urteil vom 15.11.21 zu einer Diesel-Klage



institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**

Dorlef Birnboss

**Kurswechsel
in Wald- und Holzwirtschaft**

Wald und Holz im Griff von
Finanz- und Wirtschaftsinteressen



Schulzgebihr: 5,00 Euro

ISW REPORT NR. 138/139

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Der unter dem Druck fiskalischer und wirtschaftlicher Interessen vor 200 Jahren begonnene Holzackerbau mit seinen Altersklassenwäldern aus Nadelbaum-Reinbeständen hat keine Zukunft mehr. Die Zukunft von Wald- und Holzwirtschaft gehört dem Dauerwald, einer am Gemeinwohl orientierten sozial-ökologischen Transformation mit einer solidarischen, kooperativen, arbeitsorientierten Regional- und Strukturpolitik. Sie kann den Energie- und Ressourcenverschleiß und den Wachstumszwang beenden und die systemrelevanten Gemeinschaftsgüter Wald, Wasser, Boden und Luft als Existenzgrundlage pflegen, schützen und erhalten.

isw-report 138/139 Sept. 2024 / ca. 60 S. / 5,00 EUR + Vers.

Was müsste getan werden, um die überlebenswichtige Ressource Wasser zu schützen, sorgsam zu nutzen und gerecht zu verteilen? Diese Frage zieht sich durch alle Abschnitte und wird ausführlich im letzten Kapitel behandelt.

isw-spezial 137 Mai 2024 / 42 S. / 4,00 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Matthias Gail

**WASSER
Ökosystem in Gefahr**

Die Bedrohung unserer Lebensgrundlage



Schulzgebihr: 4,00 Euro

ISW REPORT NR. 137

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.



SWB vor 40 Jahren

Die Aktion „Muttermilch – ein Menschenrecht“ wies auf die hoch gefährlichen Auswirkungen der von BAYER produzierten PCBs hin. Sie fordert BAYER als verantwortlichen Produzenten auf, an einer Podiumsveranstaltung unter dem Motto „Haben unsere Kinder noch eine Zukunft“ zur Frage der PCB-Produktion teilzunehmen. Dr. Schmitz und Dr. Gollmer teilten mit: „... hat die Leitung unserer Sparte Organische Chemikalien, unsere vorgesetzte Dienststelle, jedoch entschieden, daß eine Teilnahme nicht erfolgen soll.“ Wie immer: BAYER scheut die öffentliche Diskussion mit den Kritikern seines verantwortungslosen Treibens.

über das BAYER-Begehrt nicht allein entscheiden und bat die US-Regierung im Dezember 2021 um Amtshilfe. Diese erfolgte dann im Mai 2022 durch die Generalstaatsanwältin Elizabeth Prelogar

und sorgte beim Global Player für Ernüchterung. Nach Ansicht des „Solicitor Generals“ erlaubt das Pestizid-Recht den einzelnen Bundesstaaten, spezielle Vorschriften zu erlassen, wenn diese dem FIFRA nicht explizit widersprechen. Kalifornien hat das mit Verweis auf die WHO getan und sich dabei auf ein Landesgesetz von 1986 berufen, das zu Warnungen verpflichtet, wenn eine öffentliche Körperschaft eine Substanz als krebserregend einstuft. Prelogar beurteilte dieses Vorgehen als korrekt, eine absolute Kongruenz verlange der Gesetzgeber nicht, daher dürften die Bundesstaaten auch dann Warnhinweise anordnen, wenn die EPA solche nicht für nötig halte. „Die Genehmigung der EPA für eine Kennzeichnung, die nicht vor bestimmten chronischen Risiken warnt, bedeutet nicht, dass eine amtliche Anordnung, die solche Warnungen vorsieht, außer Kraft gesetzt wird“, hielt die Juristin fest. Sie verwies zudem auf von der EPA positiv beschiedene Anträge von Glyphosat-Herstellern, die beabsichtigten, von sich aus vor Krebs zu warnen, um Haftungsansprüchen zu entgehen. Damit nicht genug erwägt der Leverkusener Multi Presseberichten zufolge nach wie vor, sich den hohen Zahlungen an



BAYER warnt vor der gelben Glyphosat-Gefahr

Glyphosat-Geschädigte durch das Anmelden einer Teil-Insolvenz zu entziehen, wie sie das Firmenrecht im Bundesstaat Texas erlaubt. Als „Texas Two-Step“ firmiert das in Unternehmenskreisen.

Der Konzern arbeitet derzeit also mit aller Kraft daran, die Akte „Glyphosat“ zu schließen, aber auch der Widerstand dagegen bleibt beharrlich. ←

„Lesen bedeutet wachsen“

Marxistische Theorie
 Politische Ökonomie
 Politik & Geschichte
 Kunst | Kultur | Foto
 Frauenbewegung
 Betrieb & Gewerkschaft
 Antifaschismus
 Militärpolitik | Magazine
 Biografien | Lexika
 Lehren | Lernen
 Philosophie &
 Wissenschaften
 Romane
 Kinder- und
 Jugendbücher
 Weltliteratur



antiquariat.unsere-zeit.de



Die Tarifrunde in der Chemie

Sozialpartner BAYER



von links: Michael Vassiliadis (Vorsitzender der IG BCE), Matthias Bürk (BAVC-Verhandlungsführer), Oliver Heinrich (IGBCE-Tarifvorstand und Verhandlungsführer), Katja Scharpwinkel (BAVC-Präsidentin)

IG BCE setzt in den Tarif-Verhandlungen zu Lasten der Beschäftigten auf „Sozialpartnerschaft“.

Von Max Meurer

„Wir honorieren Einsatz für Sozialpartnerschaft“, so gönnerisch tönt es von Seiten des „Bundesarbeitgeberverbands Chemie“. Und auch die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gibt sich gut gelaunt, spricht von einem „wegweisenden Abschluss“ der Tarifrunde. Die Zeichen stehen auf Friede, Freude, Eierkuchen. Aber warum eigentlich?

6,85 Prozent mehr Entgelt und einen freien Tag mehr (nur für Mitglieder der IG BCE) wurden Ende Juni 2024 herausgehandelt. Damit bewegt sich der Tarif-Abschluss rechnerisch zwar immer noch deutlich unter einem Inflationsausgleich, die Zeit vor der Pandemie zugrunde gelegt, musste aber auch nicht hart erkämpft werden. Dabei fing alles so schön an: Immerhin hatte die IG BCE zu Beginn der Tarifrunde endlich das Stillhalteabkommen mit den Chemiemultis, das unter anderem den Einsatz von Mitteln des Arbeitskampfes wie Warnstreiks extrem streng limitierte – so krass wie in keiner anderen Branche –, aufgekündigt und gab sich kämpferisch. Trotzdem kam es noch innerhalb des Friedenspflicht-Zeitraums zu einer Ein-

igung, die immerhin 585.000 Beschäftigte betrifft. Und dafür bedankt sich Michael Vassiliadis, der Chef der IG BCE, dann auch noch. Wörtlich sagte er: „Damit senden die Arbeitgeber ein klares Zeichen der Wertschätzung an diejenigen Beschäftigten, die mit ihrem gewerkschaftlichen Engagement Tarifverträge erst möglich machen.“ Bei so viel Eintracht wird fast vergessen, dass beispielsweise BAYER gerade ein massives Arbeitsplatzvernichtungsprogramm umsetzt. Darüber hinaus wird gekonnt ignoriert, dass die „Arbeitgeber“ – also just die, die aus der Arbeit der ArbeiterInnen Kapital schlagen – diejenigen sind, die von der Talfahrt der Real-löhne profitieren.

Seit 50 Jahren hat die IG BCE nicht mehr gestreikt (mit einer Ausnahme bei einer kleinen Chemiefirma in Hamburg), und die Kapitaleseite der Chemieindustrie honorierte das so lange finanziell, bis die bloße Möglichkeit des Streiks vielen in der IG BCE-Führung scheinbar absurd vorkommen musste. Daraus erklärt sich auch die aktuelle Situation in der Chemieindustrie, daraus erklären sich Äußerungen

von Seiten der Gewerkschaftsführung zum Gewerkschaftsmitgliedern vorbehaltenen freien Tag wie „Das nutzt nicht nur Kaufkraft und Binnenkonjunktur, mit der attraktiven Regelung exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder beweisen IG BCE und BAVC einmal mehr ihre tarifpolitische Innovationskraft.“ Das ist keine Innovationskraft, das ist die Spaltung der Belegschaft der Chemie-Industrie. Für uns ist derweil klar: Die gewerkschaftlich organisierten KollegInnen bei BAYER kämpfen nicht nur für sich, sie kämpfen auch für all jene, die die Machenschaften des BAYER-Konzerns wie der anderen Chemie-Multis kritisch beobachten – und sie sind diejenigen, die potenziell den größten Druck auf die Multis ausüben können.

Wenn von der Gewerkschaftsführung keine kämpferische Haltung BAYER & Co. gegenüber aufkommt, dann müssen sich konzern-kritische und andere Bewegungen mit den ArbeiterInnen vor Ort vernetzen. Denn nur mit der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb kommt zur Öffentlichkeitsarbeit der ökonomische Hebel, um Druck auf die Multis auszuüben. ◀



WEGHÖREN?

NEIN DANKE.



UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.

JETZT SPENDEN! JETZT FÖRDERMITGLIED WERDEN.

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91 • WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

www.CBGnetwork.org

info@cbgnetwork.org



